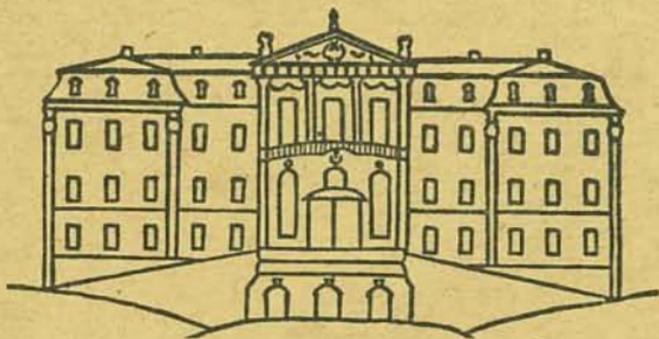


Archiv

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Glanz und Elend der Adenauer-CDU



95

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

Hefte aus Burgscheidungen

Wolfgang Heyl

Glanz und Elend der Adenauer-CDU



1963

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der CDU

Vorbemerkung

Die Ära Adenauer geht zu Ende. In dieser Feststellung drücken sich der Talmiglanz und das ganze Elend der westdeutschen CDU/CSU aus.

„Glanz und Elend der Adenauer-CDU“ war auch eine Artikelserie des stellvertretenden Generalsekretärs der Christlich-Demokratischen Union in der DDR, Wolfgang Heyl, überschrieben, die im Sommer 1962 im Zentralorgan der CDU, „Neue Zeit“, veröffentlicht wurde. Diese Aufsätze legen wir hier in leicht überarbeiteter Fassung in Broschürenform vor.

Alle diese Artikel haben einen konkreten Anlaß und aktuellen Bezug. Die in diesen Beiträgen geführte Auseinandersetzung mit der antinationalen Politik der CDU/CSU bleibt aber nicht am Tagesgeschehen haften, sondern geht — gestützt auf ein reichhaltiges Material — den Dingen auf den Grund. Jede These ist sorgfältig belegt, jede Wertung der Politik der CDU/CSU ergibt sich zwingend aus den mitgeteilten Tatsachen und Zusammenhängen. So haben diese Beiträge nichts von ihrer Aussagekraft eingebüßt. Sie erleichtern vielmehr das Verständnis für die jüngsten politischen Ereignisse in Westdeutschland.

Die „Spiegel“-Affäre hat der deutschen und der Weltöffentlichkeit deutlich gemacht, wie dünn die Decke des Bonner Regimes geworden ist. Seine Exponenten nehmen immer mehr zu Gestapo-Methoden ihre Zuflucht, um sich zu behaupten. Im Falle Strauß hat selbst das nichts genutzt. Herr Strauß wollte seine Gegner einschüchtern und mundtot machen. Inzwischen mußte auch der letzte der verhafteten Spiegel-Redakteure wieder freigelassen werden. Herr Strauß aber hat seinen Ministersessel eingebüßt, und selbst in seiner eigenen Partei, der CSU, wird seine Position immer ungünstiger.

Die durch die „Spiegel“-Affäre ausgelöste Regierungskrise ist längst nicht überstanden. Das fünfte Kabinett Adenauer befindet sich vielmehr in einer permanenten Krise. Der Abschluß des Vertrages Bonn-Paris und das damit zusammenhängende dramatische Scheitern der Brüsseler EWG-Konferenz über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG zeigen, wie sehr sich die Bonner Regierung selbst innerhalb der NATO isoliert hat und wie groß die Widersprüche im westlichen Lager sind. Adenauer gilt nur noch als Kanzler auf Zeit. Selbst in den Reihen seiner nächsten Gefolgsleute wird das Aufbegehren gegen seinen Kurs immer deutlicher.

Aber noch immer stehen starke Kräfte hinter Adenauer und seiner Politik. In der Erkenntnis, daß es Adenauer und sein politischer Kurs war, der den Monopolen die schon verloren geglaubten Machtpositionen zurückerobert und ausgebaut hatte, wird von diesen Gruppen alles getan, seine Partei an der Macht zu halten. Die Notstandsgesetze erscheinen dabei den militaristischen und imperialistischen Kräften in Westdeutschland als das geeignete Mittel. Doch die Risse sind zu tief und die Widersprüche sind zu groß, als daß sie auf die Dauer — selbst mit faschistischen Methoden — überbrückt werden könnten.

Stück für Stück haben wir in der DDR die Politik der CDU/CSU entlarvt. Wir haben einem Oberländer, einem Globke, einem Fränkel die Maske vom Gesicht gerissen. Damit haben wir die Friedenskräfte in Westdeutschland zum Handeln befähigt, und sie handeln immer entschlossener.

Schon 1951 erklärte Otto Nuschke: „Das Abschwenken christlicher Parteien in das Kriegslager empfinden wir als schmerzlich, haben doch diese Parteien hinsichtlich ihrer Einstellung und ursprünglichen Zielsetzung vieles Gemeinsame gehabt mit der Entstehung und Zielsetzung unserer CDU. Um so entschiedener wollen wir jetzt aufzeigen, daß die Christen nicht in das Lager der Kriegstreiber und Rüstungsinteressenten gehören, sondern daß sie bei den Kämpfen gegen die Aufrüstung, bei den Freunden des Friedens ihren Platz haben müssen.“

Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben das Vermächtnis Otto Nuschkes bewahrt und handeln danach. Wir haben das Programm des Sozialismus zum Gesetz unseres Handelns gemacht. Dieses Programm sagt uns, daß die Überwindung des Militarismus und Imperialismus durch den gemeinsamen Kampf aller nationalen, friedliebenden, realistisch denkenden Kräfte aus allen Schichten und Parteien, gleich welcher sozialen Stellung und welcher Weltanschauung, die Vorbedingung für die demokratische Entwicklung Westdeutschlands zu einem friedliebenden Staat ist.

Eben darum geht es. Deshalb sind auch die christlichen Arbeiter, ist die christliche Jugend, sind alle Christen in Westdeutschland gerufen, den Weg der Vernunft zu gehen und sich nicht zu fürchten, weder vor den Adenauer und Strauß, deren Regime nachweislich nicht für die Ewigkeit gebaut ist, noch vor dem Zusammengehen mit Anhängern anderer weltanschaulichen Richtungen. In dieser unserer Zeit entscheidet sich das Schicksal unserer Nation. Es wird sich zum Guten entscheiden, wenn niemand die Hände in den Schoß legt, wenn alle Gutwilligen daran arbeiten.

Die Herausgeber

I. Irrweg einer Partei

„Der unversöhnliche Widerspruch zwischen den friedlichen Interessen der großen Mehrheit des deutschen Volkes und den Profit-, Raub- und Eroberungsinteressen seiner herrschenden Klassen bestimmte den Leidensweg der deutschen Nation in ihrer neueren Geschichte.“

Jetzt stehen die friedliebenden Kräfte des Volkes in Ost und West — gestützt auf den ersten deutschen Arbeiter- und Bauern-Staat, unsere Deutsche Demokratische Republik — den imperialistischen und militaristischen Kräften gegenüber, die Westdeutschland noch beherrschen. Die friedliebenden Bürger der westdeutschen Bundesrepublik stehen in schwerem und opferreichem Kampf gegen die Verderber des Volkes, die ihm den Weg in eine friedliche und demokratische Zukunft versperrern wollen.“

(Aus: „Nationales Programm für ein neues Deutschland“)

Nicht nur von der Fassade des westdeutschen Staates, sondern auch von der seiner Staatspartei bröckelt der Putz. Es werden die tiefen Risse in Mauerwerk und Fundament immer deutlicher sichtbar. Seit dem 13. August 1961 wird jedem, der es sehen will, Tag für Tag mehr bewußter, in welches Elend eine Partei gerät, wenn sie gegen das Volk herrscht, weil sie von den Interessen der profit-, raub- und eroberungssüchtigen Monopole beherrscht wird.

Die erbitterten Auseinandersetzungen in der CDU/CSU nehmen zu. Der körperliche und geistige Verfall des Kanzlers Adenauer ist den widerstrebenden Monopol-Häiener neuerer Anlaß, ihren Kampf um einen gefügigen Parteiführer, gegen die verständigungsbereiten Kräfte auszutragen. Die Aussage des Wirtschaftsministers Erhard vor der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie am 3. April 1962: „Noch haben wir unser Schicksal in der Hand“ ist nicht nur auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten der Bundesrepublik, sondern auch auf die politische Machtkonstellation anzuwenden. Noch haben sie das Schicksal im Interesse der Monopole in der Hand — aber sie haben es nicht ewig!

Schon sind die Vertreter des Imperialismus gezwungen, rigorose Maßnahmen gegen die stärker werdende Volksmeinung für Frieden und Verständigung in Staat und Staatspartei einzuführen. Der nordrhein-westfälische Innenminister und Staranwalt großer Konzerne, Dufhues, wurde dazu ausersehen, der Adenauer-Partei wieder den fahlen Glanz zu verleihen, der in der Vergangenheit Millionen westdeutscher Wähler geblendet und getäuscht hat und sie in

dem Glauben handeln ließ, sie würden tatsächlich ihre Stimme einer Partei geben, die es mit Christentum und Demokratie ernst meint. Jetzt erfahren die Wähler, daß sie eine Partei wählten, die im Interesse der Feinde der Nation die christlichen Prinzipien von Frieden und Nächstenliebe in ihr Gegenteil und die demokratischen Ansätze in Westdeutschland in eine Diktatur ummünzten und die zu der verschärften Ausbeutung nach innen das Ziel der kriegerischen Eroberung und Unterdrückung der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und anderer sozialistischer Staaten hinzufügte.

Am 1. April 1962 verkündete Dufhues den erstaunten Zuhörern einer Tagung des „Evangelischen Arbeitskreises“: „Die CDU wird darüber Auskunft geben müssen, inwiefern sie eine christliche Partei ist.“ Diese Auskunft wird aber niemand in positivem Sinne geben können. Denn es ist so, wie es in der Entschließung des 10. Parteitages der Christlich-Demokratischen Union festgehalten wurde:

„Die CDU/CSU trägt die Hauptschuld daran, daß das Christentum in Westdeutschland von den klerikal-faschistischen Kräften in unvorstellbarer Weise für die Rechtfertigung der imperialistischen und militaristischen Politik mißbraucht wird, einer Politik also, die mit christlicher Ethik völlig unvereinbar ist.“

Die CDU/CSU kann sich weder eine christliche noch eine demokratische Partei nennen. An dieser Tatsache wird auch dadurch nichts geändert, daß leitende Persönlichkeiten beider Konfessionen mitgeholfen haben, die Wiederaufrüstung gutzuheißen und dem deutschen Militarismus die scheinchristlich eingekleideten antikommunistischen Abendland- und Kreuzzugsparolen zu liefern. Angesichts der zunehmenden Konzentration klerikaler, chauvinistischer, militaristischer und imperialistischer Kräfte in der Führungsspitze der CDU machen sich immer stärker Unzufriedenheit, Unbehagen und Widerstand zahlloser Mitglieder der Adenauer-CDU und Christen in Westdeutschland, auch verantwortungsbewußter, dem Volke verbundener Geistlicher, bemerkbar. Die Glut schwelt nicht nur, sondern die reinigende Flamme züngelt an immer mehr Stellen auf, um das Morsche, Verderbliche zu verzehren.

Mit der Berufung von Dufhues in die Position eines „Reformators“ der Partei wurde der konfessionelle Widerstreit auf die Spitze getrieben. Wir wissen, daß die Berufung nicht nur gegen den Willen des stellvertretenden Parteivorsitzenden, Oberkonsistorialrat Gerstenmaier, erfolgte und daß sie aus vielen Gründen von den evangelischen Landesvorsitzenden der CDU mißbilligt wird, sondern daß sie z. B. in den Landesvorständen Hamburg, Bremen und Hessen, aber auch

bei vielen Funktionären im Ruhrgebiet Widerstand hervorgerufen hat. Um so erstaunlicher ist die Behauptung des Herrn Dufhues, die Parteispitze werde vom Verhältnis der Konfessionen nicht beeinflußt. Im Grunde hat er damit sogar recht: Man kann wirklich nicht von einem katholischen „Flügel“ in der Parteispitze sprechen; Tatsache ist vielmehr, daß es eine absolute Diktatur der vier militanten Vertreter des politischen Katholizismus: Adenauer, Dufhues, Blank und Krone, mit Unterstützung des Kardinals Frings, gibt.

Es liegt nicht an der Ironie des 1. April, daß Herr Dufhues sein Auftreten vor dem „Evangelischen Arbeitskreis“ der CDU Westfalen-Lippe benutzte, das Ende des „Evangelischen Arbeitskreises“ der CDU anzukündigen, sondern es liegt in der Logik der zunehmenden katholischen Klerikalisierung der Adenauer-CDU. Mindestens seit dem Sommer 1961, da auf der Tagung des Arbeitskreises in Hamburg ein verstärkter Einfluß der evangelischen Mitglieder auf die Leitung der Partei gefordert wurde, ist dieses evangelische „Feigenblatt“ der CDU dem politischen Katholizismus ein Dorn im Auge. Damals hatte der Direktor des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Bernhard Hanssler, seinem Unwillen über die Ansprüche evangelischer Mitglieder der CDU Luft gemacht; in der „Süddeutschen Zeitung“ konnte man darüber lesen: „Kann der Katholik die CDU als seine Partei betrachten, so wie früher das Zentrum? Hanssler verneint diese Frage und hat ein ungutes Gefühl bei dem Gedanken, mit der anderen Konfession auf Gedeih und Verderb zusammenarbeiten zu müssen.“

Wir sagen dazu: die Partei Adenauers kann weder die Partei für den katholischen noch auch für den evangelischen Christen sein, da sie eben die Partei der klerikalen, faschistisch-militaristischen Kräfte geworden ist. Und sie ist keine „Union“, weil die reaktionären katholischen Kreise diesen Begriff immer frecher mißbrauchen, um die Machtposition des katholischen Klerus auszubauen. Die Risse in dieser Partei werden daher immer tiefer. Sie zeigen, daß sie längst kein tragfähiges Fundament mehr besitzt. Deshalb fordert Dufhues jetzt, man müsse sich in der „Grundhaltung des Jahres 1945“ zusammenfinden. Diese Losung ist sehr schnell als demagogisch zu entlarven, weil zwischen der damaligen Grundhaltung und der Haltung der CDU heute ein Unterschied von Welten besteht. Damals galt die in den „Kölner Leitsätzen“ formulierte Erkenntnis:

„Deutschland muß mitwirken an der Erfüllung der Völkerssehnsucht nach einem dauerhaften Frieden. Die Vorherrschaft des Großkapitals wird gebrochen. Ein neues Deutschland soll geschaffen werden, das auf Recht und Frieden gegründet ist.“

All das aber mußte Schall und Rauch bleiben. Als 1945 für den deutschen Imperialismus die akute Gefahr bestand, daß er für immer beseitigt würde, und als es ihm dennoch gelang, sich mit Hilfe des amerikanischen Monopolkapitals die Rückkehr auf die Bühne des politischen Geschehens wenigstens in Westdeutschland zu erkaufen, suchte er sich wohlweislich diese Partei als Vollstreckerin seines Willens. Er verfiel auf sie; denn Christentum und Demokratie schienen ihm die geeigneten Zeichen, unter denen er sein unheilvolles Wirken ein weiteres Mal beginnen könnte. Mit Konrad Adenauer stellten die Monopole einen der Ihren an die Spitze der Partei, und die CDU/CSU sorgte eifrig dafür, daß die Gesetzesmaschine zugunsten des jetzt erreichten höchsten Standes der Konzentration des Kapitals lief, den die Geschichte Deutschlands je kannte.

70 der 2300 westdeutschen Aktiengesellschaften besitzen 55,4 Prozent des gesamten Aktienkapitals. In den zehn Jahren von 1950 bis 1960 erhielten die etwa 40 Millionen Werk-tätigen 500 Milliarden aus dem westdeutschen Volkseinkommen, 1370 Milliarden aber flossen in die Taschen von 2 Millionen Großverdienern. Das ist der „Erfolg“ der „Sozialpartnerschaft“, den die CDU/CSU nicht laut genug als den ihrigen preisen konnte. Aber trotz der blendenden Fassade spürten immer mehr Werktätige, und nicht nur sie, sondern auch kleine Unternehmer, Handwerker, Bauern, Geschäftsleute, daß ihr Anteil am „Wirtschaftswunder“ immer kleiner wurde. Jetzt, da der Rückgang gar zu offensichtlich wird, da die Monopole um ihre Superprofite besorgt sind, muß die westdeutsche CDU als Willensvollstreckerin der Konzerne durch ihren Wirtschaftsminister Erhard die Parole vom „Maßhalten“ und vom „Riemen“, der „enger geschnallt werden“ müsse, ausgeben.

Als die CDU/CSU vor etwa zehn Jahren die Ansätze dazu machte, den Willen der Monopole auch durch die Wiederaufrüstung zu erfüllen, wandten sich die aufrechten Demokraten und Christen, an ihrer Spitze solche Persönlichkeiten wie der Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Etzel und Innenminister Dr. Heinemann, von der Partei ab. Als zur Rüstungspolitik zwangsläufig der innenpolitische Druck kommen mußte, gingen der Bundestagsabgeordnete Bodenstein und mit ihm eine große Anzahl langjähriger CDU-Mitglieder. In dem gleichen Maße, wie machtgerige und volksfeindliche Politiker vom Schlage der Herren Strauß und Jäger, Majonica und Dufhues die Partei zu durchsetzen begannen, wurden die vernünftigen und besonnenen Mitglieder unterdrückt und aus der Partei geworfen.

In einem Fernsehgespräch klagte der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Bucerius darüber, daß er sowohl bei seinem berechtigten Kampf gegen den braunen Minister Oberländer als auch in seinem Bestreben nach der Ab-

lösung Adenauers als Kanzler allein gelassen worden sei. Nur wenige in der Fraktion hätten sich damals zu seiner Unterstützung bereitgefunden. Während vor Jahren solche Fälle wie Heinemann und Neilen noch vereinzelt auftraten, gibt es jetzt bereits Scharen von Unzufriedenen, die ihren Mißmut über den Verrat an den Grundsätzen der Partei und an unserer Nation äußern. Sie tun es, wie die acht Verfasser des Tübinger Memorandums, weil sie sich aus ihrem christlichen Gewissen heraus dazu getrieben sehen, dieser Partei und ihrer Politik Einhalt zu gebieten.

Wenn die Angehörigen des alten Zentrums, die sich von Emporkömmlingen wie Strauß und Verrätern wie Krone kommandiert sehen, ihrem Unmut in Aktionen Ausdruck verleihen, wenn die CDU/CSU-Mitglieder Herrn Dufhues mit seiner Demagogie, sich auf die Grundlagen von 1945 zu besinnen, beim Wort nehmen, wird das ganze Elend der westdeutschen CDU/CSU offenbar, werden sie ihn und seinesgleichen verjagen, und dann werden sich, wie es im Nationalen Programm heißt, „auch in Westdeutschland die friedliebenden Kräfte durchsetzen.“ Auch sie, die Arbeiter, Bauern, Handwerker, die Angehörigen der Intelligenz und breite Schichten des Bürgertums, werden sich von dem Einfluß der Imperialisten und Militaristen befreien und die Geschichte Westdeutschlands in die eigenen Hände nehmen.

Schon sieht sich angesichts einer solchen sich anbahnenden Entwicklung ein bisher linientreuer Politiker der CDU/CSU, der Bundestagsabgeordnete und Chef der christlichen Gewerkschaften, Winkelheide, veranlaßt, von einem „Kesseltreiben der Monopole“ gegen die Arbeitnehmer zu sprechen. So wie der Imperialismus sich selbst seine Totengräber schafft, so schaufelt sich auch die Partei der Monopole ihr eigenes Grab, und dieses Grab wird um so tiefer, je länger sie den Weg des Klerikal-Militarismus zu beschreiten fortsetzt.

Die Partei der Monopole hat weisungsgemäß auch die Nation verraten. Als überholte Formation, der man die Konzeption der NATO entgegensetzen mußte, bezeichneten Gerstenmaier und Strauß die Nation auf dem Adenauer-Partei-tag 1961. Wie das Nationale Programm überzeugend feststellt, „beweist die Großbourgeoisie in Westdeutschland damit erneut, daß sie untauglich ist, die Nation friedlich zu führen und die Vergangenheit zu bewältigen“, in der sie Deutschland zweimal ins Unglück führte.

Durch den erfolgreichen Kampf der verständigungsbereiten, nationalgesinnten Bürger in Westdeutschland gegen das imperialistische System wird auch in Westdeutschland die Demokratie an die Stelle der unter dem Vorzeichen der CDU/CSU stehenden Scheindemokratie treten. Dann werden auch die Widersprüche, die Zerrissenheit, das Elend der Ade-

nauer-CDU zum Ende ihrer Politik. Ihr wird es nicht gelingen, das blutige Werk der Monopole zu vollenden; denn die sozialistische Deutsche Demokratische Republik bestimmt in zunehmendem Maße die Entwicklung in Deutschland.

Die Christen in der Bundesrepublik können heute an der Wirksamkeit unserer Christlich-Demokratischen Union in der Nationalen Front ermesen, daß die Friedens- und Nächstenliebe im gesellschaftlichen Raum nur in festem Bündnis mit der Arbeiterklasse zu verwirklichen ist. Deshalb ist es die Aufgabe des Tages, daß sich die westdeutschen Kämpfer gegen die Atomaufrüstung, die Kriegsdienstgegner, die Streiter gegen das militaristisch-imperialistische System, diejenigen, die sich gegen die Revanchepolitik stemmen, und alle jene miteinander verbinden, die für Verständigung und die Koexistenz zweier deutscher Staaten als die im Augenblick einzig reale Möglichkeit der Sicherung des Friedens in Deutschland eintreten. Dieser gemeinsame Kampf gegen Reaktion, Militarismus und Imperialismus und gegen den Mißbrauch des Christentums ist die Alternative auch für alle christlichen und demokratisch gesinnten westdeutschen Bürger.

II. Der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit

„Die Entwicklung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus hat in Deutschland zu einem tiefen, unversöhnlichen Widerspruch zwischen den Klasseninteressen der deutschen Imperialisten und Militaristen einerseits und den nationalen Interessen des deutschen Volkes auf der anderen Seite geführt. Solange dieser Widerspruch in irgendeiner Form bestehen bleibt, bleibt nicht nur die Gefahr neuer Kriege, sondern ist es im Herrschaftsbereich der deutschen Imperialisten auch unmöglich, die großen Fähigkeiten und Talente des deutschen Volkes zu entfalten.“

(Aus: „Nationales Programm für ein neues Deutschland“)

Wir standen 1945 vor der Aufgabe der Neuorientierung auf allen Gebieten. Die Parteien in Ost und West hatten die Chance, aus der Vergangenheit zu lernen und ihre politische Kraft so einzusetzen, daß den Imperialisten und Militaristen, die Deutschland zweimal in die Katastrophe verheerender Kriege gestürzt hatten, für alle Zukunft der Weg zur Macht im Staate verlegt wird.

So zeichnete sich 1945 auch bei der CDU/CSU die Erkenntnis ab, daß Deutschland nur dann ein Land des Friedens werden kann, wenn eine Neuordnung der Wirtschaft erfolgt und die Machtverhältnisse grundlegend verändert werden.

Noch 1947 verkündete die West-CDU im Ahlener Programm: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.“ Diese Neuordnung sah das Ahlener Programm mit Recht in der Mitbestimmung, Mitverantwortung und der Veränderung der Eigentumsverhältnisse, also in der aktiven Mitgestaltung durch das ganze Volk. Das wäre ein Kompaß für die friedliche Zukunft der Bürger in Westdeutschland gewesen. In dem Maße jedoch, in dem sich die Monopole der CDU/CSU bemächtigten, wurden die Maximen des Ahlener Programms „vergessen“, der Kompaß wurde über Bord geworfen.

Auf dem Christlich-Sozialen Arbeitnehmerkongreß 1960 in Köln war der CDU-Bundestagsabgeordnete Even wieder einmal gezwungen, sich mit jenen christlichen Arbeitern auseinanderzusetzen, die angesichts der Entwicklung der CDU/CSU zur Partei der Monopole eine Umkehr und ein Besinnen auf das Ahlener Programm forderten. „Der Hinweis“, so sagte Even damals, „auf das Ahlener Programm kann von uns dahingehend beantwortet werden, daß dieses in seinen Grundzügen auch heute noch gilt, daß darüber hinaus aber für manche Einzelforderung, wie das Problem der Mitbestimmung, der Mitverantwortung oder des Eigentums, weitaus bessere Lösungsmöglichkeiten gefunden wurden.“ Gewiß — bessere Lösungsmöglichkeiten im Sinne der Monopole, die nach den Grundzügen des Ahlener Programms eigentlich hätten verschwunden sein müssen. Hier wird der volle Betrug deutlich, mit dem das Ahlener Programm wahrlich entleibt wird, wenn man die Kernfragen — die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen — einfach am Rande als Einzelforderungen abtut. Forderungen, die einstmals fortschrittliche westdeutsche Bürger aus allen Schichten anzogen!

So bestätigte das Dr. Dietmar, auch einer von den „christlichen Arbeitervertretern“, in der „Sozialen Ordnung“ 1956: „Man muß sagen, diesem Programm verdankt die CDU viel. Sie hat damit breite Massen gewonnen, die nicht nur eine Partei mit einem christlichen Kulturprogramm, sondern auch eine radikale wirtschaftliche Neuordnung wollten.“ Ja wohl, eine radikale wirtschaftliche Neuordnung wollten die, die bereits das Elend des faschistischen Deutschlands miterleben und bis zur Neige auskosten mußten. Sie, die als Wähler und Mitglieder der CDU/CSU glaubten, ihren Willen durchzusetzen, verhalfen der CDU/CSU 1949 in den Sattel der Regierung und fanden sich von da an in zunehmendem Maße von ihr betrogen. Die verhängnisvolle Regierungspoli-

tik der CDU/CSU hat nicht den sozialen Forderungen der Werktätigen Rechnung getragen, sondern sie hat mit ihrer Remilitarisierung, Wirtschafts- und Integrationspolitik alles getan, um die Töpfe der Konzerne mit Rüstungsprofiten auf Kosten des arbeitsamen Volkes zu füllen.

Eifrige Helfer bei diesem Werk waren und sind noch heute führende Funktionäre der Sozialausschüsse der CDU/CSU, der konfessionellen Arbeiterverbände und der „christlichen“ Gewerkschaften. Alle diese Verbände, die auch dann der Botmäßigkeit der CDU/CSU unterstehen, wenn das nach außen gar nicht zutage tritt, dienen der Verbreitung sozialer Demagogie unter christlichem Vorzeichen und der Verschleierung maßloser Ausbeutung der Arbeiter und Angestellten in der Bundesrepublik.

Wie treu und ergeben die „christlichen Arbeiterführer“ ihre Funktion erfüllen, das zeigte sich jüngst in der Haushaltsdebatte des Bundestages. Ihnen war der Auftrag zuteil geworden, den Wirtschaftsminister Erhard, der die gesamte Schuld an der Wirtschaftsmisere der Bundesrepublik den Arbeitern zuschob, vor dem Volkszorn zu retten. Da trat zum Beispiel das einflußreiche Mitglied der Sozialausschüsse, der DGB-Funktionär Sch e p p m a n n, vor das Plenum des Bundestages und verkündete die Binsenwahrheit, man könne nicht mehr ausgeben, als man habe. Daran knüpfte er die Drohung: „Die Mahnung zum Maßhalten liegt daher im urchigsten Interesse jedes arbeitenden Menschen, der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten.“ Herr Scheppmann wußte weiter zu verkünden, daß die Feststellung, die Arbeiter seien bei der Verteilung des Sozialprodukts bisher zu kurz gekommen, „eine völlige Verdrehung der Tatsachen“ sei.

Minister Erhard brauchte diese Aussage, um seine Bemerkungen in der Haushaltsdebatte gerechtfertigt zu sehen: „Wenn wir unsere Wettbewerbskraft verlieren, wenn unsere Leistungskraft absinkt, dann werden nicht die reichen Leute die Geschädigten sein!“ So spielen sie zusammen: die Herren von den Monopolen und die Verführer der Sozialausschüsse. So haben sie die Profite der Reichen gestützt und gesichert, so verachteten und verrieten sie die ehrlichen Bemühungen fleißiger christlicher Bürger Westdeutschlands, die den Parolen des Ahlener Programms nach einer „Neuordnung von Grund auf“ folgten.

Es ist ein abgekartetes Spiel der Funktionäre der Sozialausschüsse, daß sie, wie Herr Scheppmann, im Blickpunkt der Monopole, für diese argumentieren, vor den Arbeitern aber in gegenteiliger Art sprechen, wie es Johannes Albers, der Vorsitzende der Sozialausschüsse, tat: „Nach 1945 haben wir in der Bundesrepublik einen ungeahnten wirtschaftlichen Auftrieb erreicht. Dieser wirtschaftliche

Auftrieb ist in erster Linie mit einer Leistung der fleißigen, arbeitsamen deutschen Arbeiterschaft, die wohl von niemandem bestritten wird. Es gibt aber heute wieder Leute, die diese großen Leistungen nicht zu honorieren bereit sind.“ In der Tat — diese Leute gibt es in der Bundesrepublik zur Genüge, Herr Erhard ist einer der bekanntesten von ihnen.

Vor dem Bundestag verzichtete Herr Scheppmann wohlweislich darauf, seine Behauptung von der gerechten Behandlung der Arbeiter zu begründen, um sich nicht selbst zu widersprechen. Die Tatsachen aber strafen ihn Lügen. Durch die jahrelange Zustimmung zu den Rüstungsmilliarden haben er und seinesgleichen dafür gesorgt, daß in Westdeutschland pro Kopf der Bevölkerung, vom Säugling bis zum Greis, die jährlichen Steuern und Abgaben von 1950 bis 1962 um weitere 1488 DM gestiegen sind. Allein von 1958 bis 1961 wuchsen die Lohnsteuern um 94 Prozent, sanken aber die Steuern der Monopole im Verhältnis zum Profit von 37 auf 26 Prozent.

Stolz zu verkünden, daß ja der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Nationaleinkommen in den letzten zehn Jahren um drei Prozent höher wurde, ist nicht schwer, wenn man hinzuzufügen vergißt, daß die Zahl derer, die sich in diese 3 Prozent Erhöhung teilen, seit 1950 um 15 Prozent gestiegen ist. Tatsächlich liegt also eine beträchtliche Senkung des „Arbeitnehmer“-Anteils am gesellschaftlichen Gesamtprodukt vor. Man muß doch dabei auch die laufenden Preissteigerungen und alle indirekten Steuereinnahmequellen, die sich der rüstungsgierige Staat erschlossen hat, berücksichtigen.

Sehr deutlich wurde die Begründung Erhards, daß die laufenden Preissteigerungen auf die Lohnforderungen der Arbeiter zurückzuführen seien, in der Haushaltsdebatte des Bundestages widerlegt. In bezug auf die Preissteigerung bei Volkswagen wurde erklärt, daß die Löhne im Volkswagenwerk nur 15 Prozent des Preises ausmachen. Eine Lohnerhöhung um 10 Prozent würde also höchstens eine Preissteigerung, wenn überhaupt, dann um 1,5 Prozent rechtfertigen. Dabei wurde bemerkt, daß noch nicht einmal Herr Nordhoff als Generaldirektor des Werkes es gewagt habe, Lohnerhöhungen als Begründung für die Preiserhöhung anzuführen.

Es wäre nun eine dankbare Aufgabe für die leitenden Funktionäre der Sozialausschüsse, in Verwirklichung des Ahlener Programms zunächst einmal mindestens dafür zu sorgen, daß sich dringend notwendige Lohnerhöhungen auf die Profite der Monopole auswirken und Erhöhungen der Endverbraucherpreise, die fälschlicherweise darauf zurückgeführt werden und sich wieder bei den Arbeitern als der Masse der Verbraucher niederschlagen, unmöglich gemacht werden. Davon aber ist bei diesen Herren nicht die Rede.

Die Jahresbezüge der Vorstandsmitglieder westdeutscher Aktiengesellschaften sind laufend gestiegen und waren Anfang 1960 pro Kopf und Jahr im Handel bei 211560 DM, in der Chemie- und Erdölindustrie bei 148610 DM und bei den Banken bei 137440 DM angelangt — eine Steigerung in den letzten acht Jahren um rund 14 Prozent. Die Zeitschrift „Soziale Ordnung“ weist schlüssig nach, daß dagegen mindestens die Hälfte der westdeutschen Bevölkerung nicht die Möglichkeit hatte, durch Sparen zu Vermögen zu kommen. Zwei Drittel der Haushaltungsvorstände verdienen weniger als 375 DM. Aber — „die altmodische Sparsamkeit muß wieder zu ihrem Recht kommen“, sagte Herr Generaldirektor Sohl vom Thyssen-Konzern und — baute sich eine Villa für 1,5 Millionen DM. Angesichts solcher Tatsachen aber wagt Herr Scheppmann die Behauptung, die Arbeiter seien gerecht am Sozialprodukt beteiligt worden!

Sein Fraktionskollege Bernhard Winkelheide, der führende Mann der „christlichen“ Gewerkschaften, hatte großspurig in Bochum verkündet: „Wer heute wissen will, was soziale Gerechtigkeit und sozialer Fortschritt ist, muß bei den Christlich-Sozialen anfragen.“ Also fragen wir an: Ist es soziale Gerechtigkeit, wenn von 1955 bis 1960 die Dividende der Aktionäre auf 300 Prozent stieg, dem aber eine Lohnerhöhung auf nur 127 Prozent, dazu noch bei gestiegenen Preisen und gestiegenen direkten sowie indirekten Steuern gegenübersteht? Ist es sozialer Fortschritt, wenn in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik 50000 Unfalltote und 20 Millionen Verletzte mit mehr als drei Tagen Arbeitsausfall gezählt wurden? Ist es soziale Gerechtigkeit, wenn in einem Jahr zum Beispiel bei den Hamburger Gerichten 44000 Vollstreckungsfälle aus Teilzahlungsgeschäften abgewickelt wurden — natürlich nicht gegen die Generaldirektoren, sondern gegen die Werkstätten? Ist es sozialer Fortschritt, daß in Bayern 80000 junge Menschen im Handwerk ohne tariflichen Schutz sind? Oder kann man es mit sozialem Fortschritt bezeichnen, wenn es laut Statistik der Bodenschwingschen Anstalten in Bethel in Westdeutschland etwa 300000 registrierte Obdachlose gibt? Und was sagen die „Christlich-Sozialen“ dazu, daß in den Jahren 1956 bis 1959 durch Konkurs- und Vergleichsverfahren 14431 kleine und mittlere Industrie- und Handwerksbetriebe untergingen? Ist das Ihr Fortschritt, Herr Winkelheide? Wir raten Ihnen, einmal bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik Ihr Studium über soziale Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt aufzunehmen.

Es ist nicht mehr zu verheimlichen: Die Schatten des Bonner Wirtschaftswunders werden täglich länger, erfassen immer mehr Menschen und sind durch die Zauberformeln des Herrn Erhard ebensowenig aufzuhalten wie durch die

Beschwörungen von Leuten „christlich-sozialen“ Gepräges, wie Scheppmann, Albers, Dietmar, und wie sie noch alle heißen mögen. Fest steht: das fleißige, arbeitsame Volk wurde betrogen. Es soll jetzt allein der Leidtragende der maßlosen Profitsucht der Monopole sein. Gibt es einen besseren Beweis dafür, daß es im Herrschaftsbereich der deutschen Imperialisten unmöglich ist, die großen Fähigkeiten und Talente des deutschen Volkes wirklich zu entfalten?

Nie wieder gegeneinander, sondern miteinander gegen den Imperialismus und Militarismus in Deutschland! Das war die Erkenntnis, die 1945 viele Mitglieder des Zentrums, Funktionäre der ehemaligen christlichen Gewerkschaften und religiöse Sozialisten aus den Konzentrationslagern mitbrachten. Das ist eine Erkenntnis, die auch im heutigen Westdeutschland immer mehr Platz greift und die zur millionenfachen Tat reifen muß. Es ist hohe Zeit zu gemeinsamen Aktionen, denn die Monopole gingen bald nach der Gründung des westdeutschen DGB an das Spalten heran. Es entstand eine „christliche Gewerkschaft“. Man schuf die christlich-soziale Kollegenschaft im DGB, es wuchsen klerikale Arbeiterorganisationen. Und alle die, die sich von der Arbeitereinheit abdrängen ließen, halfen sie mit — gewollt oder ungewollt —, die Imperialisten gewähren zu lassen, die Gefahr des westdeutschen Militarismus zu vergrößern und die Reichen noch reicher zu machen.

Heute, da sich ein kräftiges Unbehagen in diesen Kreisen erhebt, da selbst ein katholischer Arbeiterfunktionär wie Budde von einer „Generaloffensive des organisierten Großkapital-Interesses“ auf die Arbeiterschaft spricht, erweist sich klar und deutlich: Der Arbeiter, welcher Konfession und Weltanschauung auch immer, gehört zu seinen Klassenbrüdern. Er darf sie nie verlassen. Sucht er einen Zwischenweg, wird er zum Handlanger seiner eigenen Feinde. Auch unter der falsch verstandenen Forderung „Wir sind doch alle Christen!“ darf er sich nicht als willfähiges Werkzeug der unersättlichen Profitgier der Monopolvertreter mißbrauchen lassen. Als christlicher Arbeiter oder Angestellter, als christlicher Intellektueller oder Angehöriger des Mittelstandes gehört er an die Seite aller, die gegen das Volksfeindliche, gegen die den Frieden und die nationale Wiedergeburt störenden Imperialisten kämpfen. Auch damit hilft er der Durchsetzung der Ideen des Ahlener Programms. Er wirkt im Interesse der deutschen Nation.

Auch von den „Arbeitnehmern“ in der CDU/CSU wird es abhängen, wie die Bundesrepublik in Zukunft aussehen wird. Sie haben es in der Hand, ob es so weitergeht, wie es die Herrn Katzer und Even beispielsweise im Bundestag beschlossen haben, daß die Rüstungskosten auf über 18 Milliarden erhöht werden, den Militaristen weiter freie Hand gegeben wird, um mit allen Mitteln den Atomkrieg vorzu-

bereiten. Sie alle sind gleich uns gegen eine Atomwüste, gegen das tausend- und millionenfache Leid eines Krieges. Die westdeutschen Arbeiter und Angestellten müssen nur erkennen, daß, solange die Herrschaft der Imperialisten in Westdeutschland andauert, sie sowohl ihrer Freiheiten beraubt, in ihren Fähigkeiten und Talenten eingeschränkt sind als auch die Gefahr neuer Kriege bestehen bleibt. Sie, die westdeutschen Arbeiter und Angestellten und alle Schichten der Bevölkerung müssen erkennen, daß sie gemeinsam in der Lage sind, der gefahrenreichen Bonner Innen- und Außenpolitik Einheit zu gebieten.

Wer die Lehren von 1945 gezogen hat, wer sie konsequent in die Tat umsetzt, der steht und wirkt wie die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik an der Seite der Arbeiterklasse. Wer meint — und das trifft besonders für Westdeutschland zu —, seinen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus gehen zu können, der findet sich an der Seite der Monopole, an der Seite der Spalter Deutschlands, an der Seite derer, die die schreckliche Niederlage zweier Weltkriege mit gleichen Mitteln heute wettmachen wollen. Die führenden Männer der Sozialausschüsse befinden sich heute dort. Die Erkenntnisse des Ahlener Programms von 1947 haben aber heute und für die weitere Zukunft volle Gültigkeit. Der Weg zu Wohlstand und Glück für das fleißige westdeutsche Volk ist nur möglich durch die Änderung der Machtverhältnisse in der Bundesrepublik.

III. Verrat an der Nation

„Der deutsche Imperialismus wurde ... eine besonders skrupellose, aggressive Kraft. Er opferte ohne Bedenken die Interessen der deutschen Nation seinen eigenen Klasseninteressen, seinen Raubinteressen.“

(Aus: „Nationales Programm für ein neues Deutschland“)

„Der Honigmond von Straßburg ist vorbei“, seufzte Professor Furler, seinerzeit Präsident des sogenannten Europäischen Parlaments, das seinen Sitz in Straßburg hat, auf einem der letzten Parteitage der West-CDU. In diesem Ausspruch liegt wieder ein Stück vermeintlichen Glanzes und tatsächlichen Elends der Politik der CDU/CSU. Mit wieviel Stolz hatte ein anderer Mitsreiter des alten Separatisten Konrad Adenauer, der damalige Vizepräsident der Montanunion, Franz Etzel, doch im August 1957 auf einer Wahlversammlung seiner Partei in Remscheid erklärt: „Der schönste Tag in meiner politischen Laufbahn war der 25. März 1957, als ich den Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Rom mit unterzeichnen durfte.“

Tatsächlich stellt die CDU/CSU stets ihre sogenannte Europa-Politik als besonderes Glanzstück heraus. Kein Parteitag, kein Kongreß, keine CDU/CSU-Ministerrede ohne den Versuch, gerade an diesem Beispiel nachzuweisen, welch „demokratische“, „nationale“ und „christliche“ Politik sie zu treiben in der Lage sei. In Wirklichkeit kommt gerade auf diesem Gebiet, in den Gefilden der EWG, der NATO, der Euratom, der Montanunion und ähnlicher Institutionen, am deutlichsten zum Ausdruck, welch antidemokratische, antinationale und scheinchristliche Politik diese Partei treibt. „Der deutsche Imperialismus“, so heißt es in unserem Zitat aus dem Nationalen Dokument, „opferte ohne Bedenken die Interessen der deutschen Nation seinen eigenen Klasseninteressen, seinen Raubinteressen.“ Die CDU/CSU ist heute sein Exekutivorgan auch in dieser Beziehung.

Symptomatisch für Zweck und Ziel der „Politik der Integration“, wie die vornehme Umschreibung für den Ausverkauf nationaler Belange an „Europa“ lautet, ist die Hartnäckigkeit, mit der die CDU/CSU ihren Weg verfolgt. Das eingangs zitierte Wort von Furler zeigte bereits, daß ihr Rückschläge nicht erspart geblieben sind. Einer der wichtigsten war das Scheitern der EWG am Widerstand des französischen Volkes 1954. Trotzdem hat der westdeutsche Imperialismus seine Ziele weiterverfolgt.

Dabei interessierten ihn nationale Belange erwiesenermaßen nicht im geringsten. Die zweite Stufe der EWG, die am 1. Januar 1962 in Kraft gesetzt wurde, war hauptsächlich von den westdeutschen Konzernen gewünscht worden, um den Absatz von Industrieerzeugnissen in die EWG-Länder ohne hindernde Zollschränken erweitern zu können.

Dabei aber wird ein erheblicher Teil der westdeutschen Landwirtschaft ruiniert werden. Von den jetzt vorhandenen 1,6 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben in Westdeutschland wird die Hälfte in der zweiten Phase der EWG zugrunde gehen. Jetzt bereits ist der Eigenanteil der westdeutschen Landwirtschaft an der Versorgung der Bevölkerung von 1950 bis 1961 bei Käse von 83 auf 66 Prozent, bei Eiern von 74 auf 55 Prozent und bei Pflanzenöl auf die Hälfte gesunken. Jetzt bereits machen die Schulden der westdeutschen Bauern 13,4 Milliarden DM oder 15 Prozent des gesamten landwirtschaftlichen Kapitalwertes oder 1200 DM pro ha aus. Das alles ist der Preis, den die westdeutsche Landwirtschaft für die EWG zahlen muß. Was aber ist das für eine „nationale Politik“, die bedenkenlos die westdeutsche Landwirtschaft auf dem Altar der Profite der Monopole opfert? Damit legt die CDU/CSU an den Tag, wessen Politik sie treibt.

Die Idee der „europäischen Vereinigung“ ist nicht neu. Die CDU/CSU hat sie keineswegs erfunden. Konkrete Form be-

gann die Sache etwa 1924 anzunehmen. Viele Politiker und Propagandisten haben sich an diesem Gedanken versucht. Angesichts des schon damals gegen solche Pläne auftretenden Widerstandes nationalgesinnter Kräfte mußte der Großvater der Pan-Europa-Idee, Graf Coudenhove-Kalergi, zu der Lüge greifen, das „vereinigte Europa“ diene dazu, „durch den europäischen Zusammenschluß die Gefahr der Weltrevolution und der Eroberung Europas durch Rußland zu bannen“ und dazu, „durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes Europa den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber konkurrenzfähig zu machen“.

Diese Ziele aber gleichen aufs Haar denen der westdeutschen Imperialisten von heute. Antikommunismus und wirtschaftliche Vorherrschaft, möglichst noch über die USA hinaus — wen wundert es, daß Adenauer ein solches Programm als das seine begierig aufgriff und zu verwirklichen begann? Damals Graf Coudenhove, heute Alois Hundhammer, CDU-Minister. Im Januar 1962 stellte er fest, „daß die EWG mehr als ein wirtschaftlicher Zusammenschluß ist. Man darf nicht vergessen, daß hinter allen wirtschaftlichen Dingen die weltanschaulichen Auseinandersetzungen stehen“. Heute ist es Herr Hundhammer, der hofft, den Siegeszug des Kommunismus durch die „Integration Europas“ aufhalten zu können.

Vor gar nicht allzu langer Zeit war es noch die SS, die mit Blut und Eisen eben die gleiche „Integration“ unter „germanischer“ Vorherrschaft zu erreichen suchte. Was dem deutschen Imperialismus damals nicht gelang, das versucht er heute erneut. Herr Seeböhm, Adenauers Minister und Berufsrevanchist, sagte zu der Zeit, als er noch Mitglied der DP war: „Es ist nicht Deutschland, das sich in Europa integrieren muß, sondern Europa, das sich an Deutschland anzuschließen hat.“ Atomwaffen für die Bundeswehr sollen offensichtlich einer solchen Konzeption Nachdruck verleihen.

Es geht um den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen. Wenn es aber ums Geschäft geht, was schert die Herren von Kohle und Stahl, von Chemie und Elektroindustrie da die Nation? Bedenkenlos wurde die Wiedervereinigung Deutschlands diesen Plänen geopfert. Es war von vornherein klar, daß ein einheitliches, demokratisches Deutschland den Expansionsbestrebungen der Konzerne als unüberwindliches Hindernis im Wege gestanden hätte. „Daß es die Bundesrepublik war, keine ganze Nation, sondern eben nur eine politisch zusammengefaßte bürgerliche Gesellschaft, dies hat die Fortschritte auf dem Wege nach Kleinearopa zuallererst möglich gemacht“, sagte der Schweizer Professor Mann. „Bewußt und gewollt betriebene Integrationspolitik“ sei „eine vaterländische Pflicht“, äußerte Gerstenmaier auf dem Kölner Parteitag der West-CDU. Für ihn also besteht die vaterländische Pflicht in der Auf-

gabe der Nation. „Wir sind nicht bereit, die Freiheit Europas für ein gesamtdeutsches Linsengericht einzutauschen“, schrieb die „Saarbrücker Zeitung“.

Die wirtschaftliche Integration ist aber letztlich eine unabdingbare Voraussetzung für den aggressiven Militärpakt der NATO. Die Mitgliedschaft in dieser sogenannten Verteidigungsgemeinschaft steht als Glanzstück in der Vitrine der CDU/CSU. Geschaffen um eindeutig aggressiver Ziele wegen, zieht sie seit Jahr und Tag den westdeutschen Bürgern Milliarden und aber Milliarden aus der Tasche. Von 1956 bis 1962 stiegen die direkten Rüstungskosten von 5,2 auf 14,9 Milliarden DM. Vor einem Angriff auf die Sowjetunion aber hat vor mehr als 30 Jahren schon Generaloberst Seeckt gewarnt: „Wenn Deutschland einen Krieg gegen Rußland beginnt, dann wird es einen hoffnungslosen Krieg führen.“ Jedoch die Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“ wird heute noch aufrechterhalten; denn die Konzerne brauchen diese Lüge, um Rüstungsprofite schaufeln zu können. Nicht nur die westdeutschen, auch die amerikanischen Imperialisten verdienen nicht schlecht an der westdeutschen Aufrüstung. Erst jetzt wurde bekannt, daß ein amerikanischer Rüstungskonzern an Aufträgen für die Bundeswehr 45 Prozent Profit gemacht hat.

Es wundert einen nicht, daß unter solchen Umständen die Vertreter der Monopole in der westdeutschen Regierung mit Adenauer an der Spitze jeglichen Abrüstungsvorschlägen feind sind, daß sie kein Interesse am Abschluß eines Nichtangriffspaktes haben und daß sie alles tun, um Ansätze dazu zu torpedieren. „Wer für die Besetzung Westdeutschlands bis zum Jahre 2005, für die NATO und ihre Atombewaffnung und eine Konföderation USA-Westdeutschland eintritt, der will keine deutsche Wiedervereinigung, keine Selbstbestimmung der westdeutschen Bevölkerung.“ So steht es im Nationalen Dokument.

Herr Gerstenmaier, der die Nation als eine überlebte Sache betrachtet, die nicht mehr wert sei, in der Politik berücksichtigt zu werden, lieferte nicht nur die staatsrechtliche, sondern auch die „christliche“ Argumentation für NATO und Europa-Idee. „Daß auch der Protestantismus Deutschlands im geeinten Europa seine politische Heimat findet, hängt jedoch nicht nur davon ab, ob er genügend christliche Politiker für diese Aufgabe findet, sondern vor allem auch davon, daß er sich selbst dazu als einer uns heute gebotenen christlichen Politik klar bekennt“ — „Christliche Politik“ besteht also nach Oberkonsistorialrat Gerstenmaier im Verrat an der Nation!

Die Integrationspolitik Westdeutschlands ist antinational. Sie dient der Ausbeutung des eigenen Volkes und der anderen Völker, die durch wirtschaftlichen Druck in die EWG

und in die NATO gezwungen wurden. Ferdinand Fried schrieb darüber in der „Welt“: „Der Prozeß der wirtschaftlichen Einigung Europas gleicht einem schwierigen chemischen Vorgang, der sich nur unter hohem Druck und mit dem richtigen Katalysator vollziehen kann.“ Den „hohen Druck“ üben die Imperialisten aus, der „richtige Katalysator“, das soll das Christentum sein, von dem der ehemalige NATO-Chef Gruenther das frevelhafte Wort sprach, es sei „der Kitt der NATO“.

Das Elend einer solchen Politik spürt die westdeutsche Bevölkerung am Ausverkauf der Nation. Wenn sie das Elend nicht eines Tages auch noch im Atomkrieg spüren will, dann ist es Zeit, der Forderung des Nationalen Programms nach Aufrichtung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik nachzukommen.

IV. Die Hintergründe des Konfessionsstreites

„In der westdeutschen Bundesrepublik herrschen heute wieder Menschenverachtung, Ausbeutung, klerikales Dunkelmännertum, Geld- und Eroberungsgier und Militarismus.“

(Aus: „Nationales Programm für ein neues Deutschland“)

Im „Sonntagsblatt“ vom 13. Mai 1962 schreibt Pfarrer Gustav Schwering aus Salach in einem Leserbrief: „Es ist nicht nur meine Meinung, sondern auch die Meinung vieler anderer evangelischer Bürger, daß der Evangelische Arbeitskreis der CDU den Ruf ‚Gebt Gedankenfreiheit!‘ öffentlich deutlichst hörbar mit allem nur erdenklichen Nachdruck weitergeben müßte an die römisch-katholischen, zur Zeit offenbar absolut führenden Partner in der CDU in Bund und Ländern, angefangen beim Herrn Bundeskanzler selbst.“

Aus diesem Brief eines evangelischen Geistlichen spricht eines der großen Unbehagen, das in Westdeutschland die evangelischen Bürger, besonders aber die evangelischen Mitglieder der CDU/CSU ergriffen hat — das Unbehagen vor der immer mächtiger werdenden Vorherrschaft des katholischen politischen Klerikalismus. Ein Mitglied unserer Partei wird dies nicht sogleich verstehen, da in unserer Christlich-Demokratischen Union Christen beider Konfessionen vereint sind, ohne daß dies zu Widersprüchen geführt hat, ohne daß sich Angehörige einer bestimmten Konfession in unserer Partei „unbehaglich“ fühlen. Bei uns haben sich alle Mitglieder und die Parteiführung einem gemeinsamen großen Ziel — dem Frieden und dem Dienst am Mitmenschen — verschrieben, Aufgaben also, die allen Christen ohne Unterschied der Konfession gemeinsam sind.

Nicht das Miteinander von Mitgliedern beider Konfessionen führt zu Widersprüchen in der CDU/CSU, sondern es gibt dafür andere Ursachen, jenseits der Unterschiede zwischen den Konfessionen. Diese Ursachen haben ihre Wurzel dort, wo aller Widerspruch, alles Elend dieser Partei seinen Anfang nimmt, nämlich im Widerspruch zwischen der klerikal-monopolkapitalistischen Führung und den gläubigen Christen, — den friedliebenden Mitgliedern der Partei.

„Die konfessionellen Vorurteile waren in der Zeit der Diktatur Hitlers zusammengeschmolzen. In der Verfolgung wuchsen Gemeinsamkeiten. So reifte das Konzept heran, nach Hitler . . . eine Partei zu gründen, die im Ansatz die Enge der Konfessionen für den Bereich der Politik überwand“, heißt es in der Denkschrift des Herrn Barzel zur Situation in der CDU/CSU. Eines nur — aber das Entscheidende — hat er vergessen; daß nämlich in der Verfolgung durch die Nazis die Gemeinsamkeiten nicht nur zwischen den Konfessionen, sondern über sie hinaus zwischen allen humanistischen Kräften ohne Unterschied der Weltanschauung wuchsen und nach 1945 Berücksichtigung verlangten.

Die Christlich-Demokratische Union in der DDR ist der ganzen Erkenntnis aus der Hitlerzeit treu geblieben. Gemeinsam mit allen demokratischen Kräften trug sie zur Entwicklung der politisch-moralischen Einheit unserer Bevölkerung bei und wurde so zu einem festen Faktor der Friedenspolitik unseres Staates. Die CDU/CSU aber wurde in den Händen der sie nach kurzer Zeit beherrschenden Konzerne deren ausführendes Organ. Bald schon wurde es klar, wozu diese Kräfte die Zusammenarbeit beider Konfessionen in einer Partei unter christlichen Vorzeichen zu nutzen gedachten, nämlich zur Frontstellung gegen den Fortschritt, gegen den Sozialismus. In einer Gedenkrede auf Hermann Ehlers sagte vor kurzem dessen früherer Mitarbeiter Schramm: „Am Anfang der Union stand die große Erkenntnis von der Gemeinsamkeit beider christlicher Konfessionen gegenüber der atheistischen Staatsbedrohung.“

Es ist nützlich, sich in diesem Zusammenhang zu vergegenwärtigen, daß Dibelius mit genau dem gleichen Argument 1933 das Bündnis der evangelischen Kirche mit dem Faschismus begründete. In einem seiner Bücher sagt er: „Und wenn Adolf Hitler auch das nicht war, was wir uns gewünscht hätten, er war zumindest ein energischer Mann, der mit den Kommunisten wohl fertig werden konnte.“ Mißbrauch der Christen und des Christentums als Waffe gegen den Sozialismus — auf dieser morschen Brücke in die Vergangenheit finden sich heute jene reaktionären Kräfte in beiden Kirchen, die die Sache des Imperialismus zu ihrer eigenen Sache gemacht haben. Die CDU/CSU ist eine Union der Monopole und des politischen Klerikalismus.

Das ist die Quelle des Unbehagens nicht nur für evangelische, sondern gleichermaßen auch für katholische Christen. Ein Unbehagen, das immer mehr zur Unruhe und zur Tat wird.

Wir müssen Herrn Hanssler vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken beinahe dankbar sein, daß er uns an Hand seiner Definition vom Begriff des Klerikalismus die Möglichkeit gibt, dies nachzuweisen. „Klerikalismus“, so erklärt er, „bedeutet die gesteuerten und methodischen Versuche, unter Mißbrauch des Religiösen und der demokratischen Regeln die Sachgesetzlichkeit des Politischen zu verletzen.“

Die Kräfte des katholischen Klerikalismus haben die Situation in Westdeutschland rücksichtslos für sich auszunützen verstanden. Unzufrieden damit, daß vor 1945 in Deutschland der evangelische Klerikalismus näher bei der Macht saß (hatte er doch mit der Formel von „Thron und Altar“ maßgeblichen Anteil an der Staatslenkung und schließlich auch an den Katastrophen von 1918 und 1945), sahen sie in Dr. Adenauer den gegebenen Mann, nun endlich wenigstens einen Teil Deutschlands zu katholischem Einfluß- und Machtbereich werden zu lassen. Mit Dr. Adenauer hatten sie es vergeblich 1919 und 1923 schon einmal versucht, das römische Reich deutscher Nation auferstehen zu lassen. Das war der tiefere Sinn der damaligen Separationspolitik des Vaterlandsverrätters Konrad Adenauer. 1945, welch Wunder, war der gleiche Herr wieder da, und mit ihm begann eine Invasion des politischen Klerikalismus römischer Herkunft, die ihresgleichen sucht.

Nach Hanssler gehören zum Klerikalismus „gesteuerte Versuche“. Ein evangelisch-katholisches Akademiegespräch in Loccum stellte im Dezember 1961 fest: „Die einzige geistige Kraft, die heute auf den (westdeutschen) Staat einwirkt, ist der politische Katholizismus.“ Herr Kardinal Frings könnte, wenn er wollte, darüber Auskunft geben, wer das Steuer in der Hand hält. — Hanssler fordert „methodische Versuche“. In Loccum wurden sie bewiesen. Die „Neufassung“ des Eherechts und die Novellen zum „Jugendwohlfahrtsgesetz“ sowie zum „Bundessozialhilfegesetz“ wurden „auf katholisches Betreiben, was auch . . . nicht verheimlicht wurde, nach Grundsätzen der katholischen Soziallehre . . . abgeändert“.

Eindeutig prägt der politische Katholizismus mit Hilfe der katholischen Sozial- und Staatslehre das Bild des westdeutschen Staates. Rücksichtslos werden dabei die Interessen und Anschauungen nicht nur der evangelischen Staatsbürger, sondern viel mehr noch die der Angehörigen anderer Weltanschauungen beiseitegeschoben. Diese Vertreter des politischen Klerikalismus kennen das Wort „Toleranz“ nicht. In der Personalpolitik der Behörden und Konzerne, in der Filmkontrolle, in der Inanspruchnahme öffentlicher Gelder

für die klerikalen Jugendverbände, überall haben die katholischen Ultras das entscheidende Wort zu sprechen. Es ist deshalb kein Wunder, daß bei einer EMNID-Umfrage, ob der konfessionelle Einfluß der Katholiken richtig, zuwenig oder zuviel zur Geltung komme, 46 Prozent der Befragten der Meinung waren, er sei zu stark.

Es ist geradezu lächerlich, was Hanssler zum Beweis seiner These, es gebe trotz allem keinen katholisch-klerikalen Einfluß auf die bundesdeutschen Politiker und auf den Staat, vorzubringen hat. Kein einziger katholischer Pfarrer säße im Bundestag. Das ist kein Beweis; denn das ist auch gar nicht nötig. Herr Dr. Adenauer hat seinen direkten Draht zu Kardinal Frings. Jeder der katholischen Abgeordneten kann den Pfarrer oder Kaplan nennen, der durch aktive und passive Wahlhilfe dafür gesorgt hat, daß er in den Bundestag einziehen konnte — wofür natürlich Dankbarkeit erwartet wird. Eine Dankbarkeit, die sich im unbedingten Gehorsam gegenüber den Weisungen und „Empfehlungen“ des Klerus ausdrücken muß. Daß Kleriker nicht als Lobbyisten in den Wandelgängen des Bundestages auftauchen, ist nicht verwunderlich; denn die Beauftragten des politischen Klerikalismus sitzen ja im Plenum selbst.

Die Katholiken hätten, so „beweist“ Hanssler weiter, „noch nicht einmal einen katholischen Arbeitskreis innerhalb der CDU“. Auch er ist nicht vonnöten. Wenn Herr Dr. Böhm in Adenauers Leibblatt „Rheinischer Merkur“ ohnehin feststellt, daß die Grundkonzeption der CDU/CSU von der katholischen Naturrechtslehre bestimmt werde — wozu dann noch einen Arbeitskreis? — Was die Wahlhilfe betrifft, von der ja katholischerseits immer wieder behauptet wird, sie gelte keineswegs einer Partei, sondern stelle an Wähler und Parteien nur die Forderungen des katholischen Staatsverständnisses, so sei hier an die Anekdote erinnert, die vor den Bundestagswahlen in Bayern die Runde machte. Ein katholischer Pfarrer in einem kleinen Dorfe, so hieß es, hätte am Wahlsonntag von der Kanzel herab verkündet, er wolle beileibe keine Wahlbeeinflussung treiben, aber er könne versichern, wer nicht CSU wähle, der komme in die Hölle. Und anders ist auch der Wahlaufuf eben des Zentralkomitees der Katholiken, dessen Direktor Herr Hanssler ist, nicht zu verstehen, der vor den letzten Wahlen aus Hildesheim ertönte.

Daß die Einflußnahme auf Staat und Wirtschaft auch — über die geistige Beeinflussung hinaus — recht materiellen Dingen gelten kann, zeigt eine Veröffentlichung des Chefredakteurs des „Weser-Kurier“ und Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU Müller-Hermann, in der dieser feststellt, bei der Verlagerung von Industriebetrieben von Nord nach Westdeutschland sei entscheidend gewesen, daß der neue Standort der Industrie vorwiegend katholisch besiedelt sei.

So hat der politische Katholizismus seine Macht in Westdeutschland gefestigt, zum Schaden der Staatsbürger, zum Schaden aber auch der katholischen Bürger selbst. Schon werden die Früchte dieser Herrschaft sichtbar. Sieben katholische Moraltheologen gaben eine „theologische“ Rechtfertigung der Atombewaffnung der Bundeswehr. Die antinationale Politik der sogenannten Integration wird gepriesen, eine Politik, die vollenden soll, was Adenauer 1919 nicht gelang: das alte karolingische Reich unter klerikalen Feldzeichen wiederherzustellen.

Die andere Seite der Medaille ist die Stellung der evangelischen Christen in der CDU/CSU. Ein Herr Dr. Pforte nimmt im „Sonntagsblatt“ den Katholiken besonders übel, daß sie in der CDU/CSU „ihre Überlegenheit zu einer bedenkenlosen und leichtfertigen Ausnutzung ihrer Übermacht und zur Durchsetzung allein ihrer Vorstellungen benützt“. Herr Pforte vergißt eines: Niemals hätte es so weit kommen können, hätte der katholische politische Klerikalismus in den führenden Protestanten der CDU/CSU nicht allzu bereitwillige Helfer und Kollaborateure gefunden. Die Oberkirchenrätin Schwarzhaupt, jetzt mit einem Ministerposten im Adenauer-Kabinett belohnt, kann den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, „als erste dafür eingetreten zu sein, daß einseitig religiöse (katholische) Vorstellungen für alle Staatsbürger gesetzlich verbindlich werden, auch für solche, die diese Vorstellungen nicht teilen“, schreibt Kornatzki in seinem „Höllengeheiß“-Artikel im „Stern“, der der Anlaß zum Austritt von Bucerus aus der CDU/CSU wurde. „Unter ihrer Führung“, heißt es dort weiter, „peitschte die konfessionell gebundene Mehrheit des Bundestages im vorigen Sommer eine Gesetzesänderung (zum Ehegesetz, d. V.) durch, die einen verblüffenden Rückschritt vom 20. Jahrhundert ins späte Mittelalter darstellt.“

„Gebt Gedankenfreiheit!“ forderte der eingangs zitierte Pfarrer. Sein Wort in Herrn Erhards Ohr, der sich jetzt bescheiden lassen darf, daß das von ihm bestellte evangelische Memorandum zur Eigentumsfrage „in den praktischen Forderungen genau mit Vorschlägen der modernen katholischen Soziallehre“ übereinstimmt (so der „Rheinische Merkur“). Sein Wort auch ins Ohr des Herrn Oberkonsistorialrats Gerstenmaier, der als Präsident des Bundestages zwar kräftige Worte gegen die Geistesschaffenden findet, wenn diese gegen die Wahnsinnspolitik seiner Partei aufzutreten gezwungen sind, der aber mit keinem Wort jemals gegen den Totalitarismus der katholischen Kirche zu Felde zog.

Sie sitzen ja auch warm, die evangelischen Repräsentanten der CDU/CSU. Aber wie lange noch? Der gleiche Herr Gerstenmaier wandte sich gegen die Parteireform in der Spitze der CDU/CSU mit der Klage, er wolle als stellvertretender Vorsitzender der Partei jetzt „nicht auf die Holzbank“, weil

der Katholik Dufhues eine Rangstufe über ihm einnehmen soll. Es zeigt sich ja in der Praxis, daß der alles beherrschende katholische Klerikalismus die Protestanten nur dort und nur so lange duldet, wo und wie sie ihm genehm sind. Bei den Kleinen in der CDU/CSU fängt es an.

Im ersten südbadischen Landtag z. B. waren noch acht von 34 Abgeordneten der CDU-Fraktion evangelisch. Im Landtag Baden-Württemberg, in dem der südbadische Landtag später aufging, waren noch zwei von 14 Abgeordneten aus Südbaden evangelisch. Es waren auf Betreiben des Prälaten Föhr keine evangelischen Kandidaten mehr aufgestellt worden. Die langjährige Abgeordnete Paula Döll, Mitglied des Landesvorstandes der südbadischen CDU und Pfarrersfrau, durfte z. B. nicht mehr kandidieren und trat mit 52 anderen Mitgliedern aus der CDU aus. Der Bürgermeister von Konstanz, Hermann Schneider, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Südbaden, war 14 Jahre lang Landtagsabgeordneter, bis er vor der letzten Wahl auf den Druck des katholischen Ortsgeistlichen hin von allein auf seine Kandidatur verzichtete. Seine Stelle im Landtag nimmt jetzt ein katholischer Metzgermeister ein. „Er heißt Viellieber und ist dem katholischen Dekan viel lieber“, schreibt das „Sonntagsblatt“.

Es ist nur zu natürlich, daß viele evangelische Mitglieder der CDU/CSU angesichts solcher Vorkommnisse nicht erst seit heute und gestern um ihre Gleichberechtigung in der Partei kämpfen. Um ihrem Unmut ein Ventil zu geben, entstand 1952 der Evangelische Arbeitskreis, den man gemeinhin als das evangelische Feigenblatt der CDU bezeichnet. Seine Funktion bestand und besteht vor allem darin, einmal den eben erwähnten Anschein der Gleichberechtigung zu erwecken, zum anderen aber dann auf den Plan zu treten, wenn sich evangelische Kräfte gegen den Kurs ihrer Partei zur Wehr setzen wollen. Dann äußert er sich allerdings massiv, wie zum Beispiel 1958 in Essen: „Schwarmgeister verwirren das rechte evangelische Verständnis vom politischen Amt. Sie treten mit dem Anspruch auf Ausschließlichkeit und unter politischem Mißbrauch kirchlicher Ämter auf. Sie vermessen sich, diejenigen, die aus christlicher Verantwortung in ihrem Amt die Landesverteidigung ernst nehmen, der Verleugnung aller drei christlichen Glaubensartikel zu zeihen, ja, sie Atheisten zu nennen.“

Trotz alledem aber scheint der katholischen Übermacht dieser Arbeitskreis ein Dorn im Auge; denn Herr Dufhues forderte am 1. April 1962 in Siegen kurzerhand seine Auflösung.

Das Nationale Dokument, das wir am Anfang zitierten, spricht von klerikalen Dunkelmännertum. Nun geht dieser Ausdruck bekanntlich zurück auf die Dunkelmännerbriefe, die von Ulrich von Hutten und seinen Freunden gegen die

Scholastiker verfaßt worden waren. Conrad Ferdinand Meyer läßt Ulrich von Hutten in der Erinnerung an diese „Epistolae obscurorum virorum“ klagen: „Doch als die Wahrheit wir im Ernst gesagt, da wurden wir, die Jäger, selbst gejagt.“ Das sollten sich alle die zu Herzen nehmen, die heute in der Bundesrepublik den klerikalen Dunkelmännern Vorschub leisten.

Worum geht es beim Konfessionsstreit in der CDU/CSU? Wir haben gesehen: Geht es gegen den Kommunismus und werden Rüstungs- und Aggressionsinteressen vertreten, dann sind sich die Herren in der CDU/CSU ungeachtet ihrer Konfessionen einig. Geht es aber um die Frage, wer wo Macht ausüben und Einfluß haben darf, berufen sie sich auf die Unterschiede zwischen den treuen katholischen Anhängern der Sozial- und Staatslehre, der Kirche und den „liberalen Ketzern“ auf evangelischer Seite. Solcher „Konfessionsstreit“ ist also tatsächlich Ausdruck des Grundwiderspruchs in der Partei selbst. Die Scheidelinie geht durch die Konfessionen hindurch und trennt ehrliche, friedliebende Katholiken und evangelische Christen von machtbesessenen, aggressionslüsternen Vertretern des politischen Klerikalismus beider Konfessionen. Nichts wäre deshalb verkehrter, als wenn sich evangelische Mitglieder gegen ihre katholischen Parteifreunde aufhetzen ließen oder umgekehrt. Vielmehr ist es ihre Pflicht, gemeinsam gegen die Verderber des Volkes, die Führung der CDU/CSU zu kämpfen, zurückzufinden zum Bündnis mit allen humanistischen Kräften in Westdeutschland, die durch ihren gemeinsamen Kampf allein in der Lage sind, das klerikal-militaristische System in Westdeutschland zu überwinden, so den Frieden zu sichern und eine menschenwürdige Ordnung zu errichten.

V. Das „Gutachten“ des Herrn Barzel

„... in der westdeutschen Bundesrepublik wird — durch eine Scheindemokratie getarnt — alles konserviert und belebt, was es in der deutschen Geschichte an Rückständigem, Barbarischem und Unmenschlichem, an Dummheit und Borniertheit — gegen das eigene Volk und gegen andere Völker — gibt.“

(Aus: „Nationales Programm für ein neues Deutschland“)

Die rückschrittlichsten Kräfte der CDU in Bundesregierung und Parteiführung wollen die empfindliche Schlappe, die ihre Politik mit dem 13. August 1961 erlitt, auffangen. Sie wollen über die reale Situation in Deutschland hinwegtäuschen. Sie wollen nicht wahrhaben, daß es eine Deutsche Demokratische Republik mit einer friedlichen Politik gibt,

die der Zukunft der deutschen Nation dienlich ist. Sie versuchen zu verschleiern, daß die Regierungspolitik in Bonn sich stets zugunsten der Monopole, Großbanken und Großgrundbesitzer ausgewirkt hat, daß die Rechte des Volkes nicht nur beseitigt wurden, sondern daß durch die Politik der Atomaufrüstung und NATO-Integration sogar die physische Existenz der Bevölkerung gefährdet wird.

Aber auch in Bonn wird man das Wort kennen, daß man alle Leute einige Zeit und einige Leute alle Zeit, aber nicht alle Leute alle Zeit verwirren und betrügen kann. Der Ausweg aus dem nationalen Dilemma führt über die friedliche Koexistenz beider deutscher Staaten, die sich durch eine Konföderation der kapitalistischen deutschen Bundesrepublik und der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik in einer vernünftigen, für beide deutsche Staaten annehmbaren Form verwirklichen läßt. Um das durchzusetzen, müssen aber die verständigungsbereiten, vaterländisch gesinnten Bürger der Bundesrepublik die Republik von Bonn zu einer „res publica“ — zu einer Sache des Volkes machen.

Die Risse und Widersprüche in der CDU und das Unbehagen des christlichen Wählervolkes in der Bundesrepublik hat die Herrschenden gezwungen, nach anderen, raffinierteren Methoden zur Restaurierung ihrer Politik Ausschau zu halten. In einer Studie über „Die geistige und gesellschaftliche Situation und die künftigen Aufgaben der CDU“ forderte der Bundestagsabgeordnete Dr. Rainer Barzel nicht nur eine Reform der Parteispitze und die Entwicklung von einer Honoratiorenpartei zur Mitgliederpartei, sondern mit großer Eindringlichkeit den Weg zurück zum religiös-sittlichen Element der Union. Das ist etwa die gleiche Forderung, die Dr. Dufhues demagogisch erhob, als er Besinnung auf die Anfänge der CDU verlangte. 1945, nach dem furchtbaren Erleben des letzten Krieges, wurden die ethischen Werte des Christentums beschworen, um die Bevölkerung für die Mitarbeit an einer neuen Ordnung zu gewinnen. Demagogisch wurden die Erklärungen von 1945 dann durch die geschlagenen Mächtigen von gestern, die sich bereits wieder für den neuen Angriff auf die Macht zu ordnen begannen, mißbraucht. Heute soll dieser Mißbrauch des Christentums, der Verrat an den Grundsätzen des Jahres 1945, auf die Spitze getrieben werden.

Unbehagen über die zunehmende Rüstung und Aggressionsvorbereitung, über die Außenpolitik, die in die Sackgasse geraten ist und die sogar die zunehmende Kritik des amerikanischen Präsidenten erfährt, Angst wegen des Abflauens der Konjunktur und der Millionenverluste an der Börse, Unruhe wegen der großer werdenden sozialen Lasten, die den „Arbeitnehmern“ und den kleinen Gewerbetreibenden aufgebürdet werden, veranlassen die Führung der CDU, ihr geschwundenes Prestige, ihre schwindenden Einflüsse

auf die Öffentlichkeit durch noch ausgeklügelteren Mißbrauch des Christentums aufzufangen.

Die in der Studie Barzels mit „Bedauern“ vermerkte Tatsache, daß es „der CDU bislang nicht in gewünschtem Maße gelungen ist, an die Geistesschaffenden heranzukommen“, wird man auch nicht überwinden können, wenn man einen „Parteienat“ oder eine „Gesellschaft für christlich-demokratische Politik“ gründet. Es ist das Eingeständnis des gänzlichen Versagens der westdeutschen CDU, wenn sie, um ihre Politik attraktiv zu gestalten, noch einer „Gesellschaft für christlich-demokratische Politik“ bedarf.

Wenn sich die Mitglieder der CDU/CSU darüber beklagen, daß es keine Klärung gebe, was „Politik in christlichem Geist besage, bewirke und bedinge“, so ist das eine vernichtende Kritik an den Grundlagen dieser sich „christlich“ nennenden Partei. Woran erinnert diese Mitglieder das „C“, wenn sie auf den politischen Weg dieser „CDU“ zurückblicken? Daran, daß Christen Friedensstifter sein sollen, oder an die Politik des Franz-Josef Strauß mit Atomrüstungs- und Bürgerkriegsplänen? Daran, daß den Christen Nächstenliebe geboten ist, oder an die Forderungen Konrad Adenauers, die DDR und die Gebiete der ČSSR und der Volksrepublik Polen in die Bundesrepublik einzuverleiben? Daran, daß Christen zur sozialen Gerechtigkeit gerufen sind, oder an die Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards mit seinen Maßhalteparolen für die Arbeiter und seiner Hilfe für die Reichen?

„Das C muß wirkungskräftig bleiben“, fordert Barzel in seiner Studie. Dazu müssen die Mitglieder der CDU und die christliche Bevölkerung Westdeutschlands die Verwirklichung christlicher Anliegen in der Partei- und Regierungspolitik erst erzwingen. Das C muß also nicht wirkungskräftig bleiben, sondern werden. Dies wiederum bedeutet, für Verständigung beider deutscher Staaten einzutreten, die Abrüstung in Westdeutschland durchzusetzen, die westeuropäische „Integration“ zugunsten der deutschen Nation zu liquidieren und bessere soziale Verhältnisse in Westdeutschland zu schaffen. Das aber erfordert, daß sich alle Adenauer-, Kriegs- und Atomkriegsgegner vereinigen und unter Führung der Arbeiterklasse gemeinsame Aktionen gegen die Rechtsextremisten in der Wirtschaft, in der Politik und auch im Militär durchführen. „Nur die Deutschen selbst und vor allem die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland vermögen durch ihren entschlossenen und erfolgreichen Kampf den Weg abzukürzen“, so heißt es im Nationalen Programm, „nur sie können die Barrieren niederlegen, die von den in Westdeutschland herrschenden Kräften gegen die Wiedervereinigung Deutschlands errichtet worden sind.“

Barzels Wegweisung sieht jedoch ganz anders aus. Er propagiert das Festhalten am Alten, den Konservatismus, denn

es habe sich erwiesen, daß dieser dem „immer gefährlicher, weil differenzierter auftretenden Kommunismus“ am besten entgegenarbeiten würde und insofern direkt „revolutionäre Kraft“ entfalten könne. Nicht nur die Angst vor dem Widerstand aller Volksschichten — oder, um mit Barzel zu sprechen, die Angst „vor dem immer differenzierter auftretenden Kommunismus“ spricht aus diesem Festklammern am Alten, Überlebten. Zugleich stellt es die große Gaunerei der Mächtigen dar, die mit solchen Forderungen — Herr Barzel spricht von einem „Wertkonservatismus“ — den Volksbetrug mit der „Volksaktie“, der Schaffung von „Miteigentum“ und mit der Behauptung von der „Sozialpartnerschaft“ aufs neue erweitern wollen. Es ist geradezu grotesk, diesen absterbenden, reaktionären Formen, die hier propagiert werden, eine revolutionäre Kraft andichten zu wollen.

Es wird gefordert, „Leitsätze der Gesellschaftspolitik in der neuen Phase der sozialen Marktwirtschaft“ zu schaffen, Leitsätze, die offensichtlich die Profitgier der Monopole als „ethisches Prinzip“ ausgeben sollen. Es werden „kulturpolitische Leitsätze“ verlangt, die auch nicht in der Lage sein werden, die Mehrzahl der Geistesschaffenden, wie gefordert, auf die sterile Politik der CDU/CSU festzulegen. „Jedem geistig Aufgeschlossenen müssen unsere Argumente auch dann beachtlich erscheinen, wenn er sie ablehnt.“ Eine solche Attraktivität werden weder die Politik der Adenauer-CDU noch ihre Argumente bekommen, denn sie führen geistig zurück ins Mittelalter und politisch an den Abgrund des Krieges. Den geistig Aufgeschlossenen wird es deshalb immer klarer, daß das Tun und Handeln der CDU/CSU-Führung nur deshalb beachtlich ist, weil es für das ganze deutsche Volk so außerordentlich gefährlich ist. Weil das so ist, deshalb muß sich heute Herr Barzel in seiner Studie darüber beklagen, daß „im Volk zu wenig Staatsbewußtsein erzeugt wurde“.

Ja, Herr Barzel, Sie haben es richtig erkannt: die Bevölkerung Westdeutschlands, die schaffenden Menschen können in Ihrer westdeutschen Bundesrepublik weder heute noch für die Zukunft ein Staatswesen erkennen, das dem Wohl des einfachen Staatsbürgers dient. Deshalb wird auch nicht das Staatsbewußtsein der westdeutschen Bevölkerung zur Bundesrepublik wachsen, sondern vielmehr das Bewußtsein der Notwendigkeit, gegen den jetzigen Staat mit seiner imperialistisch-militaristischen Führungsschicht aufzutreten.

Dennoch wird in der Barzel-Studie über den westdeutschen Staat als von einem „freiheitlichen Rechtsstaat“ gesprochen, der zur „Aufrechterhaltung der Ordnung“ berufen sei und die „Toleranz als wesentliche Norm“ dieser Ordnung sehe. „Die westdeutsche CDU“, so meint Barzel weiter, „ist zu dieser Toleranz geeignet, sie gibt durch ihr Dasein Antwort auf diese gesellschaftliche Struktur.“ Ihr „Lebensgesetz“ sei

„Toleranz durch Integration“, die „Anerkennung der Andersartigkeit des anderen“, „das Mühen um Verständigung zu einem gemeinsamen Weg, dessen Kompromisse für keinen der essentiellen und prinzipiellen Bereich beeinträchtigen“.

„Antwort auf die gesellschaftliche Struktur“ aber heißt für die CDU/CSU unumschränkte Herrschaft der Monopole und Militaristen, Freiheit für sie. „Toleranz“ durch „Integration“ ist das „Lebensgesetz“ des politischen Klerikalismus bei der Überflutung und Beherrschung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Die „Anerkennung der Andersartigkeit des anderen“ konnte ja die Öffentlichkeit sehr deutlich in dem Terror gegen Dr. Bucarius, Dr. Dehler, die DFU oder gar die Kommunistische Partei erleben. Das „Mühen um Verständigung zu einem gemeinsamen Weg“ aber ist tagtäglich festzustellen in Richtung NATO und EWG, um die gemeinsamen Pfründe der Monopolherren ergiebiger zu gestalten, um Arbeiter, Bauern, Gewerbetreibende und Intellektuelle noch härter für sich arbeiten zu lassen.

Ja, Herr Barzel hat recht: „Die CDU ist kein Sammelbeken von Repräsentanten, auch keine Summation von Gruppen und keine multilaterale Ständefunktion, sondern eine höhere, integrierende und integrierte Gemeinschaft.“ Herr Barzel hat nur vergessen hinzuzusetzen, daß es sich um eine fragwürdige Gemeinschaft von Monopolisten, Militaristen und Vertretern des politischen Klerikalismus handelt, die sich in die Führungsspitze teilen und daher die Partei beherrschen. All diese Gedanken, die keinen Ausweg zugunsten des Volkes zeigen, haben das eine Ziel, die Wirksamkeit der Ideologie des Antikommunismus zu erhalten.

Deshalb kommt Barzel zu dem Vorschlag, der gefährlichen Unterwanderung mit kommunistischen Ideen am besten dadurch entgegenzutreten, daß man die Worte „vernünftig“ und „realistisch“ aus der Politik verbanne. Nach diesem Rezept aber wird schon seit Jahren in Bonn Politik gemacht. Die Politik der Bundesregierung ist nicht nur unrealistisch, sondern auch unvernünftig, und es wird Zeit, daß den Realitäten und der Vernunft die Tore geöffnet werden. Das ist um so dringlicher, da das Atomzeitalter, so wie es Barzel ausnahmsweise richtig sieht, die Forderung stellt, es gedanklich und sittlich zu meistern. Das aber kann man nur mit einer vernünftigen, realistischen Politik. Das sollte die Wählerschaft der CDU/CSU beachten.

Barzel sagt: „Auch im Atomzeitalter bleibt der Mensch Mensch, das Gute gut, das Wahre wahr, das Schöne schön und Gott der Herr der Zeit.“ Wir fordern alle auf, dafür zu sorgen. Deshalb: Weg mit der atomaren Aufrüstung, denn nicht durch Atomkrieg, sondern durch Frieden bleibt der Mensch Mensch! Überwindet Monopole und Konzerne und die sich ständig steigernde Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, denn nur wenn der Mensch frei ist von

solchen Fesseln, bleibt das Gute gut. Duldet nicht länger die Lügen einer antinationalen Politik über unsere DDR! Dann bleibt das Wahre wahr, Beseitigt die Dekadenz und den Kulturverfall, gestaltet und zeigt den Menschen das Edle und Erhabene, das im Frieden zu suchen ist! Dann bleibt das Schöne schön. Und . . . Gott bleibt der Herr der Zeit.

In seinem Sinne handeln jedoch nicht die, die ständig seinen Namen anrufen, ihn in der praktischen Politik aber verleugnen, sondern jene, die seine Gebote des Friedens und der Hinwendung zum Nächsten als ihren Auftrag erkennen und in Verantwortung vor dem Herrn der Geschichte Frieden stiften, Frieden bewahren wollen, so wie sich alle mühen, die für die Verständigung beider deutscher Staaten eintreten.

VI. Der Dortmunder Parteitag

„In allen entscheidenden Situationen der deutschen Geschichte hat die deutsche Großbourgeoisie unserem Volk unendlichen Schaden zugefügt. Sie hat damit jeden Anspruch auf Führung unseres großen und begabten Volkes verloren. Mit ihr haben auch diejenigen Kräfte bankrott gemacht, die im Schlepptau der Großbourgeoisie deren unheilvolle Politik mitmachten — von den bürgerlichen Parteien bis zu der Führung der SPD, die die Traditionen der Arbeiterbewegung über Bord geworfen hat.“

(Aus: „Nationales Programm für ein neues Deutschland“)

Mit dem Glockengeläut der Dortmunder Kirchen wurde am 3. Juni 1962 der Parteitag der West-CDU eingeläutet. Das Dortmunder „Westdeutsche Tageblatt“ schrieb dazu: „Ist eine Partei noch christlich zu nennen, die sich für Atomwaffen einsetzt? An dieser Frage entzündet sich der Streit der Geister. Sind die Tausende und Millionen von Toten, die bei einem möglichen Einsatz von Atomwaffen zu beklagen sein werden, sind Leid und Elend, die mit Atomwaffen über die Menschheit gebracht werden können, noch mit christlichen Gedankengängen zu begründen? Soll — wie es einmal im Bundestag hieß — ‚das Böse‘ mit Atomwaffen ausgerottet werden? Wen schaudert nicht bei solchen Gedanken? Und ist der verleumderische Rufmord noch christlich, mit dem oft verfolgt wird, wer sich für eine Politik einsetzt, die den Krieg als Mittel ausschließt? Die Kirchenglocken sollten Mahnung gewesen sein, darüber nachzudenken, ob jegliches Handeln der christdemokratischen Politiker mit dem Namen in Einklang zu bringen ist, den sie auf ihrem Parteischild führen.“

Der Verlauf des Parteitages erwies, daß das Handeln der CDU/CSU nicht in Einklang mit christlichen Grundsätzen

steht und daß sich die Rechtsextremisten in der West-CDU nach wie vor mit aller Kraft auf Politik der „Stärke“, auf Aggression, Revanchepolitik, auf eine zutiefst antinationale Konzeption stützen. Aber es wurde auch deutlich, daß es in dieser Partei heute schon selbst in den Reihen der sorgfältig von der Parteiführung ausgewählten Delegierten ein kräftiges Mißbehagen gegen diese Politik gibt. Doch Dr. Adenauer und „seine Mannschaft“ wollen weitermachen. „Der Geist“, so sagte er, „der uns die vergangenen zwölf Jahre geleitet hat, bleibt in unserer Partei erhalten.“ Was für ein Geist aber war es, den Dr. Adenauer hier beschwört? Es war der Geist des kalten Krieges, der Reaktion und der Revanche, des ebenso törichten wie unheilvollen Antikommunismus, der Torpedierung jeglicher Versuche zur Verständigung zwischen den beiden Weltlagern, der Geist, der Deutschland schon zweimal in die Katastrophe geführt hat.

Heute, das hat der Parteitag erwiesen, gilt die Sorge der Politiker der West-CDU nicht, wie es vernünftig und verantwortungsbewußt wäre, der Entspannung, sondern der Aggressionsbereitschaft der NATO-Partner. „Wir haben unser Schicksal mehr als irgendein anderer Bundesgenosse in die Hände der NATO gelegt und alle unsere Streitkräfte dem NATO-Befehl unterstellt. Wir haben darum das Recht zu fordern, daß die NATO stark bleibt.“ — „Stark“ — das heißt für den Außenminister Dr. Schröder, der diesen Ausspruch tat, vor allem, jederzeit bereit zu sein, für die Interessen der Bonner Monopole die „Politik am Rande des Krieges“ fortzusetzen und in den geplanten Atomkrieg zu ziehen. Das offenbar ist die „gesamte Macht“, die Adenauer zur „Rettung“ des angeblich in seiner Freiheit bedrohten Westberlin einzusetzen ankündigte. Er geht mit der NATO um, als wäre sie schon sein Eigentum, und mit Westberlin, als hätte er dort etwas zu suchen.

Was die Partner Westdeutschlands, insbesondere England, von ihrem „Verbündeten“ zu erwarten haben, machte der Parteitag ebenfalls außerordentlich deutlich. Großbritannien könne, so stellte der zum geschäftsführenden Vorsitzenden der West-CDU gewählte Herr Dufhues fest, in eine Europa-Regelung „wie wir sie wünschen“, einbezogen werden. Wie die CDU sich diese Regelung wünscht, verkündete wiederum Dr. Schröder, als er über die USA sprach: „Die Zusammenarbeit wird sich erleichtern, wenn den Vereinigten Staaten ein einziger europäischer Gesprächspartner gegenübersteht, statt wie bisher ein Chor von Stimmen.“ Kein Zweifel, daß es Bonn ist, das den Chor unter seinen Dirigentenstab zwingen will.

Bekanntlich aber lassen sich die Bonner hochfahrenden Pläne zur Erringung der Vorherrschaft in Europa nur erstreben durch eine völlige Absage an jegliches nationales Denken, durch den Verrat an der Nation. Und es war des-

halb nicht verwunderlich, daß die antinationalen Äußerungen der Rechtsextremisten auf dem Parteitag an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Wirtschaftsminister Prof. Erhard sagte unverblümt: „... nationalstaatliche Politik als solche kann kaum mehr als eine Erinnerung an gestern, als eine geschichtliche Reminiszenz bedeuten.“ Bundespräsident Gerstenmaier behauptete sogar, es sei der „redliche Wunsch der Deutschen, den dicken Schlußstrich ziehen zu helfen hinter die Epoche der nationalstaatlichen Souveränität mit ihren Katastrophen“.

Das ist eine doppelte Lüge: Denn es ist der redliche Wunsch unseres Volkes, einen Schlußstrich zu ziehen, nicht unter die Epoche der nationalstaatlichen Souveränität, sondern vielmehr unter jene Epoche, die unserem Volk und den Völkern um uns so unendliches Leid gebracht hat. Es soll der Schlußstrich unter eine Vergangenheit gezogen werden, da jüdische Menschen zu Millionen in die Gaskammern gejagt wurden, da in der Sowjetunion und den anderen Ländern die Politik der verbrannten Erde praktiziert wurde und der deutsche Name in der Welt geschändet war.

Wir können uns denken, daß diejenigen, die an solchen Handlungen beteiligt waren, wie Herr Globke, Herr Seebohm und Herr Speidel, Herr Heusinger und Herr Foertsch und all die anderen alten Nazis, die heute für Adenauer im gleichen Sinne wie einst für Hitler tätig sind, ebenso ungern an ihre Vergangenheit erinnert werden möchten wie Adenauer selbst. Mit Recht stellte der „Jud-Suß“-Regisseur Veit Harlan in einem Brief an die „Welt“ fest, er trage zwar eine gewisse Schuld im Hinblick auf die Nazizeit, aber er erinnere daran, „daß zahllose Deutsche, die Ähnliches oder weit Schlimmeres freiwillig für Hitler oder Goebbels getan haben, heute hohe und höchste Ämter bekleiden oder ungestört ihre Geschäfte betreiben dürfen.“

Noch ungeheuerlicher allerdings ist die Behauptung Gerstenmaiers, die nationalstaatliche Souveränität habe die Katastrophen der letzten 50 Jahre verschuldet. Schuld an den Katastrophen war nicht das Bestreben unserer Nation nach einem einheitlichen Nationalstaat, sondern Schuld hatten vielmehr der deutsche Imperialismus und Militarismus, die echtes Nationalgefühl und -bewußtsein in Chauvinismus und die Ideologie vom „deutschen Herrenmenschen“ ummünzten, um so die willfährigen Werkzeuge zu haben zur Durchsetzung der Raub- und Eroberungsinteressen der Monopole — der gleichen Kräfte übrigens, in deren Auftrag letzten Endes auch die Führung der CDU vor dem Parteitag in Dortmund auftrat. Heute die Expansionspolitik der westdeutschen Monopole mit der Notwendigkeit begründen zu wollen, erneute Katastrophen seien nur durch die Selbstaufgabe der Nation

zugunsten der NATO zu verhindern, das ist Irreführung, das ist Verrat an der Nation.

Natürlich spielte auch der Antikommunismus in Dortmund wieder eine gewichtige Rolle. Während Barzel in einem Referat vor dem Bundesparteiausschuß behauptete, der Antikommunismus sei das entscheidende Anliegen bei der Gründung der CDU gewesen, meinte Adenauer, wieder einmal darauf hinweisen zu müssen, daß die „westliche Welt“ einer ständigen Bedrohung des Kommunismus ausgesetzt sei, „der seine Hände nach Westberlin und der Bundesrepublik ausgestreckt“ habe. Die Führung der West-CDU braucht diese immer wieder bewußt gegen jedes bessere Wissen beschworene „Gefahr eines Angriffs aus dem Osten“, um den Zweck der Rüstung, ihre Aggressionsvorbereitungen gegen die DDR und das sozialistische Lager zu verschleiern.

In der Entschließung des Parteitages findet sich dagegen das Eingeständnis, daß die CDU „alle Kräfte des Landes“ mobilisieren will, um die DDR Westdeutschland einzuverleiben. Alle jedoch, die sich in der West-CDU auch jetzt noch der Illusion hingeben, die DDR auf irgendeine Weise schlucken zu können, mögen bedenken: „Ein Angriff auf die DDR, das ist ein Angriff auf das sozialistische Lager, das ist ein Angriff auf die Sowjetunion, das ist atomarer Selbstmord.“ Diese Feststellungen unseres Nationalen Programms sind durch die Deklaration des Politischen Konsultativkomitees der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erneut bekräftigt worden. Bonn ist zur Genüge vor den Folgen einer solchen von vornherein zum Scheitern verurteilten Politik gewarnt worden.

„Erst Wohlstand, dann Notstand“, kann man mit der Schlagzeile einer westdeutschen Zeitung konstatieren, wenn man sich die Aussagen des Parteitages darüber ansieht, wer eine solche Politik bezahlen soll. Blank, der in seinem Referat den vergeblichen Versuch machte, „die Wirtschaft in der sozialen Bewährung“ darzustellen, forderte bezeichnenderweise als erstes die Bereitschaft der Arbeiter, sich noch intensiver als bisher ausbeuten zu lassen. „Deshalb muß eine vernünftige Sozialpolitik bestrebt sein, die Entwicklung der Wirtschaft nach höherer Produktivität nicht zu hemmen, sondern im Gegenteil zu fördern und zu unterstützen.“ Er tröstete sie damit, daß sie ja „freie Arbeiter“ seien, und machte ihnen klar, worin die Freiheit besteht: „Auch der Arbeitnehmer ist frei in der Entscheidung für den Gütererwerb oder fürs Sparen durch Konsumverzicht.“

Adenauer stellte dazu noch kühl fest: „Manche steuerlichen Erleichterungen . . . müssen fortfallen.“ Und Herr Erhard verhöhnzte die Angehörigen des Mittelstandes. „Gewiß“, so meinte er, „gibt es für die sogenannte mittelständische Wirtschaft hinsichtlich ihrer Existenzlage keine absolute Aussage.“ (Gab es nicht einmal eine Adenauer-Wahl-

parole „Wohlstand für alle“?) „Aber“, so fährt Erhard fort, „es ist doch immerhin nicht zu übersehen, daß die Zahl derer, die aus Existenzangst unter die Fittiche großer Konzerne zu flüchten bereit sind, im Zunehmen begriffen ist.“ So kann man es allerdings auch nennen, wenn die Konzerne tagtäglich mehr mittelständische Existenzen vernichten.

Trotzdem fragt das Blatt der Monopole, der „Industriekurier“ in Düsseldorf, nach dem Parteitag besorgt, ob man denn der CDU nach den Erfahrungen dieses Parteitages noch einen Kredit einräumen könne. Die Konzerne mußten nämlich auf dem Parteitag erkennen, daß sie nicht alle Delegierten kaufen konnten, daß sich einige ein selbständiges Denken bewahrt hatten, daß die Taktik des Finanzkapitals von einigen Delegierten durchschaut und keineswegs als nützlich für die Zugkraft der Partei im Volke empfunden wurde. „Die politische Lethargie“, so sagte z. B. der württembergische Delegierte Pfeil, „ist darauf zurückzuführen, daß die Menschen glauben, die eigentlichen Entscheidungen fielen nicht im Parlament, sondern in den (Unternehmer-)Verbänden.“ Und sein Landsmann Jaeger unterstrich diese Feststellung, indem er sich beklagte, die Ortsgruppen der West-CDU müßten sich wichtige Gesetzesvorlagen „mühsam erschleichen“, während die Parteiführung sie den Interessenverbänden offiziell zustelle. Es fehle an Beziehungen zwischen der Parteiführung und den „einfachen Mitgliedern“.

Sogar der Bundestagsabgeordnete Schmücker stellt fest: „Aber müssen wir uns nicht die Frage vorlegen, ob die Macht des Staates heute noch ausreicht gegenüber anderen Gruppierungen?“ Diese Frage ist verkehrt gestellt. Der westdeutsche Staat — das sind ja die Konzerne, die „Gruppierungen“. Deshalb geht es auch nicht um ein „Durchsetzen“ der Staatsmacht gegenüber den Monopolen, sondern um die Brechung der Macht der Imperialisten und ihrer Steigbügelhalter in der CDU/CSU, um die Veränderung der Macht im Staat. Dazu aber bedarf es insbesondere der Einheit der Arbeiterklasse, zu der auch die christlichen Arbeiter zählen. Eine westdeutsche Zeitung erinnerte sich in einer Betrachtung zum Parteitag der Tatsache, daß er „geographisch nicht weit von jenem historischen Ahlen“ stattfinde, in dem 1947 das Ahlener Programm beschlossen wurde. Geographisch — ja; in seiner Konzeption aber war der Dortmunder Parteitag dank der Herrschaft der Rechtsextremisten in der West-CDU weiter als je von Ahlen entfernt.

Das Verwerflichste an der ganzen Dortmunder Veranstaltung war jedoch das Jonglieren mit dem Christentum. Gerstenmaier blieb es vorbehalten, zusammen mit Adenauer einen Disput über den „Werbewert des C im Parteinamen“ zu führen. Allein schon dieser Ausdruck! Er macht deutlich genug, daß die cleveren Manager der West-CDU im Chri-

stentum nichts anderes sehen als Reklame. Für sie ist das Christentum weiter nichts als ein Werbevers für eine schwer zu verkaufende Ware. Solange er zieht, behält man ihn bei; verliert er seinen „Werbewert“, dann sucht man sich eben einen anderen.

So verwundert es denn auch gar nicht, wenn Gerstenmaier die Gültigkeit christlicher Maximen für seine Politik kurzerhand ableugnete, als er das Apostelwort „Einer trage des anderen Last“ erwähnte. „Nun“, so ließ sich der Herr Oberkonsistorialrat vernehmen, „dieses Wort ist ein christlicher Appell an die persönliche Glaubensgesinnung und den eigenen Glaubensgehorsam . . . Es zielt eben wie die Bergpredigt auf die innere Lebenshaltung der Gemeinde Jesu Christi, aber es ist gewiß nicht gemünzt auf die Rechtsgemeinschaft des Staates und die Mobilisierung seiner Zwangsapparatur.“

Gewiß, wenn der Herr Gerstenmaier samt seiner Parteiführung nicht mehr weiß, wie er seine aggressive Politik scheinchristlich verbrämen kann, wenn der krasse Gegensatz allzu deutlich geworden ist, dann will man den Ballast einfach über Bord werfen, dann muß die Zwangsapparatur des Staates mobilisiert werden. Die interessante Ergänzung gibt Herr Barzel: „Hätte mich je ein demoskopischer Interviewer gefragt, warum ich CDU wählte, so hätte ich auch nicht gesagt, ‚weil sie eine christliche Partei ist‘, sondern ‚weil sie die beste Politik macht‘.“

Wir sind uns einig: die Adenauer-CDU ist keine christliche Partei, denn die christliche Botschaft kann man nicht einengen auf den persönlichen Bereich oder das innerkirchliche Leben, sie muß sich im täglichen Leben und auch im gesellschaftlichen Bereich bewähren.

Die Mitglieder der Partei sollten am Parteitagsgeschehen nicht achtlos vorübergehen. Es ist mehr als Aversion gegenüber dem reichlich alten Parteivorsitzenden, wenn ihn jeder vierte Delegierte nicht als neuen Vorsitzenden wählte. Es ist auch mehr als eine Warnung unter vielen, wenn der Lehrer Peter aus dem Unterlahnkreis auf dem Parteitag forderte, Adenauer solle lieber zwei Jahre zu früh als einen Tag zu spät zurücktreten. Die Alternative zu Adenauer heißt nicht Dufhues oder Krone, Erhard oder Gerstenmaier. Sie heißt nicht Parteireform. Diese Alternative heißt, in der Bonner Politik eine Wende herbeiführen, heißt Absage an die Herrschaft der Monopole, heißt den Realitäten in der Welt- und der Deutschlandpolitik Rechnung tragen, heißt die Forderungen des Nationalen Programms beachten und in die Tat umzusetzen.

Das sind keine unerfüllbaren Forderungen für die Mitglieder der West-CDU, insbesondere für die christlichen Arbeiter. Heute zeigt es sich — und die kurz hintereinander durchgeführten Parteitage der FDP, SPD und CDU haben

es erneut erwiesen —, daß die Front quer durch die Parteien und auch quer durch die Partei Adenauers, nämlich zwischen den Rechtsextremisten und den verständigungswilligen Kräften verläuft. Zum Schaden und zum Unglück der Nation waren sich die Vertreter des Imperialismus von jeher ohne Ansehen der Partei oder dessen, was sie als Weltanschauung bezeichneten, einig. Heute müssen sich die Friedenskräfte ohne Ansehen der Parteizugehörigkeit zusammenfinden, um gemeinsam gegen die Herrschaft dieser Kräfte aufzustehen, sich erfolgreich zu behaupten und so die Gesckicke in die eigenen Hände zu nehmen.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961
- 68 Alwin Schaper: Antikommunismus — Instrument der Kriegsvorbereitung
- 70 Dr. Helmut Roob: Erbe und Vorbild — der frühbürgerliche Humanismus in der Sicht unserer Zeit

- 71 Siegfried Welz: Kubas Weg in die Freiheit
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn — Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 78 Gerald Götting: Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Neuorientierung der Christenheit in Deutschland. — Die Kirche und das Nationale Dokument
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 86 Die Christlich-Demokratische Union in der Deutschen Demokratischen Republik
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje — Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 93 Dr. Eberhard Bock: Lebendiger Glaube — tätige Liebe
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns

Verkaufspreis 0,50 DM — Doppelheft 1,— DM